Sonnabend, 2. März 1929
11. Jahrg. Nummer 51

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0.60 Mk., monatlich 2.60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Mk., unter Streifband 3.00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedit.: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 560 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Oberstraße 18. Telephon 4085; Görlitz: Lunitz 6. Telephon 2384. Geschäftsstelle: von 8—10 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag" Berlin. Filial Breslau, Trebnitzer Str. 50.

SPD-Polizeipräsident Beck will schießen lassen

Er verbietet die Teilnahme der Roten Frontkämpfer bei der Demonstration in Hindenburg

Gleiwitz, 1. März.

Der berüchtigte sozialdemokratische Polizeipräsident Beck (Gleiwitz) hat nachstehende Warnung erlassen und die „Arbeiter-Zeitung" auf Grund des § 10 des Pressegesetzes aufgefordert, seine Warnung als amtliche Bekanntmachung in den beiden nächsten Nummern der „Arbeiter-Zeitung" als Inserat aufzunehmen. Das Schanddokument lautet:

Warnung!

Der Rote Frontkämpferbund hat für Sonntag, den 3. März d. J., zu einer Demonstration aufgerufen, die in Hindenburg OS. stattfinden soll.

Da der Rote Frontkämpferbund für das Gesamtgebiet der Stadt Hindenburg OS. verboten ist, ist die Polizei — nötigenfalls unter Anwendung aller polizeilichen Machtmittel — verpflichtet, die Teilnahme des Roten Frontkämpferbundes an dieser Demonstration zu verhindern.

Ich warne daher jeden, in der Kleidung oder mit den Abzeichen oder Fahnen des Roten Frontkämpferbundes an der geplanten Demonstration in Hindenburg OS. teilzunehmen.

Wer als Angehöriger oder als Vertreter des Roten Frontkämpferbundes kenntlich an der Demonstration teilnimmt, tut dies auf eigene Gefahr.

Gleiwitz, den 28. Februar 1929.

Der Polizeipräsident.

Herr Beck will mit allen polizeilichen Machtmitteln, d. h. mit Gummiknüppel und Karabiner, die Demonstration der oberschlesischen Industriearbeiter gegen den Kriegs- und Hungerkurs der Müller-Regierung niederschlagen lassen. Seine vollkommen ungesetzliche Warnung, das angekündigte Verbot des Tragens der RFB.-Uniformen und RFB.-Fahnen, ist eine

ungeheure Herausforderung aller oberschlesischen Arbeiter

und liegt ganz in der Linie der Mord- und Verbotshetze, die gegen den RFB. von der gesamten Bourgeoisie und den sozialimperialistischen Führern betrieben wird. Das Schanddokument des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten kann nur eine Wirkung haben: Die Stoßkraft der Demonstration am kommenden Sonntag, die zu einer mächtigen Kundgebung gegen den Hunger- und Unterdrückungskurs der Koalitionsregierung werden muß, gewaltig zu erhöhen. Die unter Führung der Kommunistischen Partei stehende klassenbewußte oberschlesische Arbeiterschaft wird sich ihr Recht auf [illegible] Demonstration mit Gummiknüppeln und Karabinern rauben lassen.

Oberschlesische Grubenbesitzer kündigen Manteltarif

TU. Gleiwitz, 1. März. **Den am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiter-Organisationen ist der Manteltarif-Vertrag für die oberschlesischen Steinkohlengruben, Grubenkokereien und Nebenanlagen sowie der Manteltarif für die oberschlesischen Erzgruben nebst sämtlichen Nebenanlagen durch den Arbeitgeber-Verband der oberschlesischen Montan-Industrie am 28. Februar gekündigt worden.**

*

Die Kündigung des Manteltarifs seitens der Grubenbesitzer ist die Antwort auf die Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens seitens der Gewerkschaften. Damit wollen die Grubenbesitzer die Kumpels einschüchtern und sie vom Kampf abhalten. Ihr Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Oberschlesische Bergarbeiter, schart euch um die von der Opposition auf der Revierkonferenz formulierten Forderungen! Organisiert den Kampf! Wählt in allen Betrieben Kampfleitungen!

Der Pariser Reparationshandel

Vor der Vereinbarung über die deutschen Milliarden-Tribute?

Ueber die Geheimverhandlungen der Pariser Reparationskonferenz sickern allmählich die ersten zuverlässigen Nachrichten durch. Die Besprechungen, die für das Resultat der Konferenz entscheidend sein werden, finden hinter den Kulissen statt und werden von Morgan, Moreau und Dr. Melchior geführt. Es handelt sich bei diesen Beratungen um die sogenannte Kommerzialisierung der deutschen Schuld, d. h. ihre Umwandlung in Obligationen, die an den internationalen Börsen im Privatverkehr gehandelt werden. An dieser Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld sind besonders die Vereinigten Staaten interessiert, die in Streitfällen auch die Schiedsrichterrolle übernehmen sollen. Amerikanische Bankiers, besonders das Haus Morgan wird es sein, das in Amerika die Obligationen zum Kauf anbieten und dadurch erhebliche Reparations-Extraprofite verdienen wird.

Ein Einverständnis unter den Teilnehmern der Pariser Konferenz wurde bisher darüber erzielt, daß die deutschen Jahreszahlungen im Hinblick auf den sogenannten Transfer-Schutz in zwei Teile, einen ungeschützten und einen geschützten Teil zerlegt werden sollen, wovon der letztere in Zukunft nur unter bestimmten Bedingungen an die Ententemächte überwiesen werden soll. In welchem Verhältnis der ungeschützte und geschützte Teil der deutschen Zahlungen zueinander stehen soll, ist noch nicht entschieden. Frankreich wünscht die Heraufsetzung des ungeschützten Teils, während Deutschland diesen verhältnismäßig klein und den geschützten Teil sehr hoch ansetzen möchte. Es ist anzunehmen, daß dieser Streit schon in ein paar Tagen entschieden werden wird.

Wichtiger für die deutschen werktätigen Massen ist die Entscheidung über die Höhe der deutschen Reparationszahlungen. Da wird bekannt, daß der Vertreter Frankreichs, Moreau, eine jährliche Zahlung von 2½ Milliarden Mark gefordert hat, die unter Berücksichtigung des Wohlstands-Index gesteigert werden soll. Der englische Vertreter machte den „Vermittlungsvorschlag", die deutsche Jahresleistung auf 2 Milliarden Mark zu bemessen. Die deutschen Vertreter haben bisher beide Vorschläge abgelehnt, sich jedoch darauf beschränkt, die angebliche deutsche Leistungsfähigkeit statistisch darzutun und es den anderen zu überlassen, wie hoch sie auf dieser Grundlage die deutschen Jahreszahlungen ansetzen. Dieses Verhalten der deutschen Reparationsdelegierten ist ein schlüssiger Beweis dafür, daß die deutsche Trustbourgeoisie und ihre Koalitionsregierung bereit sind, sich dem Zahlungsdiktat der imperialistischen Westmächte zu unterwerfen.

Loebes neue Gewaltakte

Hinauswurf der Genossen Stöcker und Torgler aus dem Reichstag — Die kommunistische Fraktion verläßt den Sitzungssaal

Berlin, 28. Februar.

In der Reichstagssitzung vom Donnerstag schloß der Präsident Loebe die kommunistischen Abgeordneten Stoecker und Torgler von der Sitzung aus, nachdem er vorher den Genossen Torgler in der provokatorischsten Weise beschimpft hatte. Diese unerhörte neue Gewaltmaßnahme Loebes beantwortete die kommunistische Fraktion mit empörten Zwischenrufen und demonstrativem gemeinsamem Verlassen des Saales.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den letzten Tagen durch die Erbitterung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Steuer- und Panzerkreuzerpolitik der Regierung Hermann Müller, durch die Fußtritte der bürgerlichen Parteien in der Regierungskrise, durch die Vorgänge im Haushaltsausschuß des Reichstages, wo Severing in der erbärmlichsten Weise um die Gnade der Deutschnationalen winseln mußte zu einem Zeitpunkte, wo durch die Stresemann-Partei ein offener Stahlhelmvorstoß im Reichstage gegen die Verfassung erfolgt, durch die Vorgänge im Plenum des Reichstages, wo die kommunistische Fraktion den Kampf für den Schutz von Mutter und Kind bei völliger Passivität der Sozialdemokratie und ihrer Regierung führte, in eine immer kläglichere und peinlichere Lage gekommen. Das war der Anlaß für Loebe, in dieser Sitzung seinem provokatorischen Verhalten gegen die Kommunisten die Spitze aufzusetzen.

Als der Genosse Torgler gegen Ende der Sitzung wegen der festgelegten Fraktionssitzungen die Vertagung beantragte, beschimpfte Loebe plötzlich den Genossen Torgler mit dem Anwurf: „Wie immer, hat der Abgeordnete Torgler die Unwahrheit gesagt!" Gegen diese elende und schmutzige Verleumdung erhob sich ein völlig berechtigter Proteststurm der gesamten kommunistischen Fraktion. Andauernde empörte Zurufe, wie „Unverschämtheit!", „Unerhört!", „Sie werden immer unverschämter!". Daraufhin schloß Loebe ohne jeglichen Ordnungsruf plötzlich die Genossen Stoecker und Torgler von der Sitzung aus, und forderte sie auf, den Saal sofort zu verlassen. Natürlich erhob sich darauf ein erneuter heftiger Proteststurm; Rufe wie „Unglaubliche Geschäftsführung!", „Immer schlimmere Mussolini-Methoden", „Sie entpuppen sich immer deutlicher als Hausknecht!". Genosse Stoecker ruft Loebe empört zu:

„Sie wollen die Kommunisten nur mundtot machen und die Fraktion in ihrer Führung schwächen!"

Daraufhin verließ die kommunistische Fraktion unter Führung der Genossen Stoecker und Torgler geschlossen und demonstrativ den Saal. Von der Eingangstür rief der Genosse Stoecker Loebe noch zu:

„Sie ebnen mit diesen Methoden ja nur dem Faschismus die Wege."

Darauf trat die kommunistische Fraktion sofort zu einer Sitzung zusammen und beschloß die folgende Protesterklärung:

„Der Präsident des Reichstages hat in der Sitzung vom Donnerstag auf einen vom Abg. Torgler geschäftsordnungsmäßig gestellten Antrag mit der unerhörten Beschimpfung geantwortet: „Der Abgeordnete Torgler hat, wie immer, die Unwahrheit gesagt." Diese bewußte herausfordernde Beschimpfung eines Vertreters der Arbeiterklasse rief bei der kommunistischen Fraktion einen berechtigten Entrüstungssturm hervor. Die Kennzeichnung eines solchen Verhaltens des Präsidenten mit den Rufen: „Unverschämtheit!" war die berechtigte Abwehr der kommunistischen Fraktion.

Der dann plötzlich ohne jeden Ordnungsruf vorgenommene Ausschluß der beiden Abgeordneten Stoecker und Torgler stellt eine Steigerung der bewußten Willkürakte des Präsidenten Löbe gegen die kommunistische Fraktion dar. Dieser fortgesetzte Mißbrauch des Präsidentenamtes zu unerhörten parteiischen Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Fraktion durch Löbe hat ohne Zweifel seine Ursache in den wachsenden politischen Schwierigkeiten der sozialdemokratischen, arbeiterfeindlichen Koalitionspolitik.

Die kommunistische Fraktion wird die Herausforderung Löbes beantworten mit einem um so entschlosseneren Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik, gegen ihre Schrittmacherdienste für den Faschismus, mit einem gesteigerten Kampf für die Interessen aller Werktätigen."

Breslauer Erwerbslose treu zur KPD.

Niederlage der rechten Parteifeinde

Breslau, 1. März.

In der gestern in Breslau stattgefundenen Erwerbslosenversammlung wurden die Delegierten zur schlesischen Landeserwerbslosenkonferenz gewählt. Die rechten Parteifeinde, denen es gelungen war, einige Sitze im provisorischen Ausschuß zu erlangen, gaben sich die erdenklichste Mühe, ihre Gesinnungsfreunde als Delegierte durchzubringen. Das Hauptreferat hielt der aus der Partei hinausgeworfene Steffen, der in der Gewerkschaftsfrage die bekannte sozialdemokratische Auffassung vertrat. Die Erwerbslosen teilten jedoch seine Auffassung nicht. In der Diskussion unterstrichen selbst parteilose Proleten die Richtigkeit der politischen Linie der Partei. Die Ausführungen des Vertreters der KPD.-Bezirksleitung, Genossen Wollweber, ernteten stürmischen Beifall.

Die Wahl der Delegierten besiegelte die Niederlage der rechten Parteifeinde. Sie beantragten Listenwahl, in der wahnwitzigen Hoffnung, nur ihre Delegierten durchbringen zu können. Bei der Abstimmung erhielt jedoch die Vorschlagsliste der Partei, auf der auch mehrere parteilose Erwerbslose kandidierten, die erdrückende Mehrheit. Damit haben die Breslauer Erwerbslosen eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß auch sie die Rolle der rechten Parteifeinde richtig einschätzen und von ihnen ebensowenig wie von der Sozialdemokratie wissen wollen.

Kommunistische Beamtenpolitik

Annahme des kommunistischen Antrages gegen die Luxusansprüche der hohen Bürokratie. — Für Stellenumwandlungen, aber nur bis zur Gruppe 4a. — Für die Gleichberechtigung weiblicher Angestellter. — Reichsbeamte in der KPD. oder im RFB. — Severing für den Stahlhelm.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags begann am 26. Februar die zweite Lesung des Nachtragsetats 1928 (der gleichzeitig der Personaletat für 1929 ist). Vor Beginn der Debatte wurde über den einen Teil des kommunistischen Antrages, der auf Ablehnung der von der Müller-Regierung geplanten Erhöhung der Ministerialzulagen und der Dienstaufwandsentschädigungen für Staatssekretäre usw. abzielt, abgestimmt. Angesichts der großen Erregung, die durch die aufreizenden Steuerpläne der Regierung überall hervorgerufen wurde, wagte die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit es nicht, gegen diesen populären Antrag der KPD. zu stimmen. So wurde er mit Mehrheit angenommen; über die Verwendung der dadurch ersparten rund 2 Millionen Mark zur Aufbesserung der Gehälter unterer Beamten, wie es der kommunistische Antrag weiter vorsieht, wird später abgestimmt. Ebenso über die Einführung der Ministerialverfassung, deren Ablehnung von der KPD. gleichfalls gefordert wird.

Zu Beginn der Einzelberatung gab Genosse Torgler im Namen der kommunistischen Fraktion folgende grundsätzliche Erklärung, die für alle Abstimmungen zur Beamtenfrage Gültigkeit habe, ab:

„Soweit wir nicht besondere Anträge stellen, stimmen wir sämtlichen Stellenumwandlungen zu, aber nur bis zur Gruppe 4a mit einigen wenigen Ausnahmen, z. B. bei den Buchprüfern."

In der weiteren Debatte brachte Genosse Torgler zum Ausdruck, daß nach den früheren Ausführungen Severings die sogenannte Kommunalabteilung, die beim Innenministerium eingerichtet werden soll, nichts anderes sein wird als eine Ueberwachungsinstanz gegen die Kommunen zur weiteren Drosselung ihrer Rechte. Deswegen wird die kommunistische Fraktion dagegen stimmen und die Kommunalvertretungen über die wahren Pläne der Regierung aufklären.

Zu einer längeren und sehr interessanten Debatte kam es über die Frage der Ueberführung weiblicher Angestellter in das Beamtenverhältnis. Trotzdem schon zwei positive Entschließungen dazu vorliegen, hat der Unterausschuß eine gegenteilige Entschließung gefaßt, d. h. Parteien, die zuerst dafür waren, sind umgefallen. Besonders das Zentrum, aber auch die Bayrische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und auch die Deutschnationalen.

Genosse Torgler gab für die kommunistische Fraktion die Erklärung ab, daß die KPD. immer für die Gleichberechtigung der Frau eintritt und daher auch hier für die Rechte der weiblichen Angestellten stimmen wird. In der Mittwochsitzung gab die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Bohm-Schuch offen zu, daß sie heute den Kommunisten recht gibt, die gegen die Verweisung der Angelegenheit an den Unterausschuß protestierten, als sie es damals selbst beantragte. Heute sähe sie ein, daß dies ein Fehler war. Sie führte bewegliche Klage über die Untreue der Koalitionsparteien, wobei sich so recht zeigte, wie die SPD. die Gefangene ihrer Politik ist.

In einer Erwiderung auf Ausführungen Severings wegen des Verbots für Beamte, Mitglied der KPD. oder des RFB. zu sein, wobei er auch einige Worte gegen den Stahlhelm sagte, führte Genosse Torgler aus, daß sich die Arbeiter über den wirklichen Charakter der Demokratie, wie sie Severing in dieser Frage demonstriert, längst im klaren sind. Gegen die Stahlhelmbeamten wird Severing nichts unternehmen, denn er müßte beim ersten Beamten der Republik, der Ehrenmitglied dieser faschistischen Organisation ist, anfangen. Dazu fehlt ihm allerdings der Mut. Im übrigen werden untere und mittlere Beamten, die mit der Arbeiterschaft zusammengehen wollen, selbst wissen, wie sie Anschluß an die KPD. finden.

Zu erwähnen ist am Schluß nur noch, daß Severing in weiteren Ausführungen in der Mittwoch-Sitzung die demagogische Loyalitätserklärung der Stahlhelmführer begrüßte. Damit hat der sozialdemokratische Reichsinnenminister ausdrücklich die führende Faschistenorganisation Deutschlands legalisiert.

Die oberschlesischen Kleinbauern gegen drohende Kriegsgefahr und zum Antifaschistenkongreß

Der Bund schaffender Landwirte E. V., Bezirk Oberschlesien, hält am Sonntag, dem 3. März 1929, seine dritte Bezirksgeneralversammlung in Zellin OS. ab. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem folgende wichtige Tagesordnungspunkte:

1. Die Lage der werktätigen Bauernschaft.
2. Die drohende Kriegsgefahr.
3. Stellungnahme zum Antifaschistenkongreß und Wahl eines Delegierten hierzu.

Die wirtschaftliche Verelendung der Kleinbauernschaft, hervorgerufen durch die übergroße Verschuldung ihrer Wirtschaften und durch hohe steuerliche Belastung, wächst von Tag zu Tag.

Steuergelder der Werktätigen werden für Kriegsrüstungen (siehe Panzerkreuzerbau) verwendet.

Die Angriffsfront der Finanzkapitalisten, der Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer gegen die werktätigen Massen in Stadt und Land wird immer mehr gefestigt.

Der Faschismus auf dem Lande ist ein williges Werkzeug der Kapitalisten und wird vorbereitet für den kommenden Krieg.

Die Kleinbauern sehen und fühlen diese Gefahren, und deshalb wird ihre Konferenz am Sonntag, dem 3. März, ein mächtiger Protest gegen den kommenden Krieg und eine Kampfansage gegen den Faschismus werden.

An dieser Generalversammlung wird vom Hauptvorstand des Reichsbauernbundes teilnehmen der Landtagsabgeordnete Fritz Kahmann, Landwirt aus Girschunen in Ostpreußen.

Kleinbauern, Siedler und Pächter sind als Gäste willkommen und erhalten Zutritt. Tagungslokal bei Herrn Suchy in Zellin.

Die Bezirksleitung
des Bundes schaffender Landwirte.
Bezirk Oberschlesien.

Aus aller Welt

25 Menschen verhungert

TU. Agram, 28. Februar. Am Donnerstag gelang es, zu dem Dorfe Zavaje bei Karlstadt vorzudringen, das infolge der riesigen Schneefälle seit einem Monat von der Außenwelt vollständig abgeschnitten war. Den Ankommenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Die Dorfbewohner hatten sämtliche Lebensmittel aufgezehrt und lagen schwach und erschöpft in ihren Betten. 25 Personen waren bereits verhungert. Von Karlstadt ist sofort eine Expedition mit Lebensmitteln nach Zavaje aufgebrochen, um die Ueberlebenden zu retten.

Ein Justizmord verhindert.

TU. Berlin, 28. Februar. Wie das „Berliner Tageblatt" aus Augsburg meldet, wurde am Mittwoch spät abends das Urteil im Prozeß Götz gefällt und das Todesurteil des Volksgerichtes wegen Mordes vom Dezember 1919 aufgehoben. Der Angeklagte wurde wegen Beihilfe zu einem Vergehen der versuchten Abtreibung in Verbindung mit fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Unter Anrechnung dieser Strafe auf die verbüßte Zuchthausstrafe wurde die sofortige Haftentlassung verfügt.

Wenn das Klassengericht zu diesem Urteil kam, so muß das Material zur Entlastung des Angeklagten erdrückend gewesen sein. Hätte der Angeklagte keine Revision eingelegt, so würde er wie Jakubowski trotz seiner Unschuld sein Leben unter dem Henkerbeil ausgehaucht haben.

Opfer des Kapitals.

Drei Arbeiter an Gasvergiftung gestorben. TU. Dortmund, 27. Februar. Am Mittwochvormittag untersuchte auf der Kokerei der Zeche Hansa in Dortmund-Huckarde ein Kokereisteiger mit zwei Hilfskräften unter Anwendung von Gasmasken einen Gasbehälter. Dabei entwich, anscheinend durch Undichtigkeit infolge Kälte, Gas, wodurch die drei Leute trotz ihrer Gasmasken vergiftet wurden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Eine Kindesleiche von Hunden aufgefressen.

TU. Schwerin, 27. Februar. Die 34 Jahre alte Hausgehilfin Milly Lange aus Dambeck bei Dannenberg hatte im Januar einem Knaben das Leben gegeben, den sie nach der Geburt tötete und im Schnee verscharrte. Hunde spürten die Leiche auf und fraßen sie bis auf den Kopf und einen Teil des Rumpfes auf. Die Kindesmörderin wurde verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis Dannenberg zugeführt.

Starke Temperatur-Gegensätze gegen Nord und Süd

Die Temperaturen im Norden und Süden des Reiches zeigten am Donnerstag starke Gegensätze. Während in Norddeutschland die Mittagstemperaturen infolge der ungehinderten Sonneneinwirkung bis in die Nähe des Gefrierpunktes stiegen, lagen sie im Süden und Osten des Reiches wesentlich tiefer. Am wärmsten ist die deutsche Nordseeküste. Hier verzeichnete z. B. Borkum 1 Grad Wärme. Berlin hatte in der Mittagszeit 2 Grad unter Null, am Abend 4 Grad Kälte. Am kältesten ist es zurzeit in Schlesien und Bayern. Breslau meldet 17 Grad, München 10 Grad unter Null. Das schöne, klare Wetter dürfte voraussichtlich anhalten.

Ein neuer Bankschwindel in Berlin

Wie ein Abendblatt meldet, befassen sich die Berliner Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I seit einigen Tagen mit der Aufklärung eines groß angelegten Bankschwindels, durch den eine Reihe von in- und ausländischen Banken und viele kleine Beamte schwer geschädigt worden seien. Die Angelegenheit habe in vieler Hinsicht Aehnlichkeit mit den Betrügereien des Leihhausinhabers Bergmann. Im Mittelpunkt der Angelegenheit stehe das einstmals sehr angesehene Privatbankhaus Schappach u. Co., das an einen Kaufmann Schiele übergegangen sei.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle in Ostoberschlesien.

TU. Kattowitz, 28. Februar. Am Mittwochnachmittag ereigneten sich im Bereich der Eisenbahndirektion Kattowitz zwei Eisenbahnunfälle. Auf der Strecke Dziedzitz—Bielitz stießen zwei Lokomotiven zusammen. Der Zusammenstoß war so gewaltig, daß beide Maschinen die Böschung hinunterstürzten, wobei ein Heizer schwer verletzt wurde. Der Verkehr mußte auf dieser Strecke für mehrere Stunden gesperrt werden.

Der zweite Unfall ereignete sich im Kreise Lublinitz, in der Stadt Baronow, wo ein Güterzug mit einer Kohlenladung für Danzig entgleiste. 20 Wagen sprangen aus den Schienen und wurden schwer beschädigt. Der Materialschaden ist erheblich. Der Verkehr war für zehn Stunden unterbrochen.

Tornadoverwüstungen im Staate Mississippi. TU. London, 28. Februar. Das 700 Einwohner zählende Dorf Duncan im Staate Mississippi ist nach Berichten aus Clarksdale durch einen Tornado zerstört worden. Nahezu alle Gebäude sind zusammengestürzt. Es sind zehn Personen getötet und 35 verletzt worden.

Ein Kraftwagen verbrannt. Ein Toter, drei Verletzte. TU. Düsseldorf, 27. Februar. Am Dienstagabend geriet ein in Fahrt befindlicher, mit vier Personen besetzter Kraftwagen auf noch nicht ermittelte Weise in Brand. Drei Insassen konnten sich, obwohl sämtlich verletzt, aus dem in gewaltige Stichflammen gehüllten Fahrzeug retten, während der vierte nicht mehr herauskonnte und verbrannte.

25 Dampfer im Eise der Unterelbe festgeraten. Da sich die Eismassen der Elbe plötzlich bei Pagen-Julsand gestaut haben, haben sich 25 Dampfer zwischen Brunshausen und Dwielenfleth im Eise festgefahren.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

12

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt i. Th

Ueber dieses zweifelhafte Argument des Sozialdemokraten hatte Sukrow die halbe Nacht gegrübelt, ohne zu einem Resultat zu gelangen. Waren diese an die Spitze gestellten Führer denn nun wirklich solch weitblickende, unbestechliche Männer? — „Jeder sorgt nur für seine Tasche!" Das hatte nicht nur gestern abend der Völkische gesagt. Das hörte er fast täglich, wenn die Kollegen mal wieder auf die Politik kamen.

Zwischendurch war ihm dann immer wieder das Bild der schönen Fabrikantentochter eingefallen. Kein Zweifel, daß sie politisch auf der äußersten Rechten stand. Und doch ging sie in gewöhnliche Arbeiterversammlungen? — Diese Gedanken gingen ihm auch jetzt durch den Kopf, als ihn die Stimme des Schreibers von der Gießerei weckte. „Sukrow, Sie sollen sich gleich mal vorne im Stahlwerkslaboratorium bei Direktor Dr. Grell melden."

Dr. Grell, der technische Leiter der Gießerei, war wegen seiner Strenge sehr gefürchtet. Sukrow war sich zwar keines Vergehens bewußt, betrat aber doch mit recht gemischten Gefühlen das am Eingang gelegene Gebäude, in dem das Laboratorium untergebracht war. Ein junger Bursche führte ihn in ein halb als Büro, halb als Laboratorium eingerichtetes Zimmer, in dem sich aber niemand befand. Ein bitteres Gefühl stieg in ihm auf. Dort lag ja jenes chemische Gebiet, wofür er sich vorbereitet hatte. Wofür schon seine Eltern gearbeitet und gedarbt, sich jede Freude versagt hatten, um ihren Sohn mal als berühmten Chemiker und Erfinder zu sehen. Ein hartes Geschick hatte es anders bestimmt. Verstohlen schaute er durch die Glastür in den Nebenraum, zog Vergleiche zwischen den in weißen Mänteln und Stehkragen arbeitenden Herren und seinem eigenen Kontrafei, das ihm aus dem großen Spiegel über der Waschtollette höhnisch entgegenblickte.

Ein hohlwangiges, bartstoppeliges, frostgerötetes Gesicht unter spekiger Feldmütze, um den Hals ein roter Wollschal, zerrissene, von Rost und Oel starrende Uniformjacken und ungefügige Schaftstiefel, — das war Ernst Sukrow, stud. chem.... „Arbeit schändet nicht!"

Wer hatte ihm doch das so eindringlich zu Gemüte geführt? — Ja, richtig, „Sie", die schöne Fabrikantentochter. Ruckers Worte vom Abscheu der Bourgeoisie gegen schmutzige Arbeiter fielen ihm ein. Vermutlich würde sie, die so schön reden konnte, auch einen großen Bogen um ihn machen. „Jeder muß beim Wiederaufbau an seiner Stelle mithelfen," hatte sie gesagt.

Jeder an seiner Stelle! War denn der Schrotthaufen seine Stelle? — Sie hatte gut reden, wie alle Warmsitzenden. Ihr mutete keiner solche Dreckarbeit zu.

Er erschrak plötzlich vor sich selber. Aus seinem Unterbewußtsein war ein Lehrsatz seines Universitätsprofessors an die Oberfläche geraten:

„Der Neid der Besitzlosen ist analog dem tierischen Neid um den Freßnapf, der in seiner haßvollendeten Form nur beim Proletariat der untersten Stufe anzutreffen ist."

War er denn bereits so tief gesunken? Hatte ihn sein Umgang mit den Arbeitern schon so tief hinabgesenkt?

Die Tür wurde plötzlich mit einem Ruck aufgerissen. Vor ihm stand die ihm vom Ansehen wohlbekannte kraftstrotzende Gestalt des Gefürchteten.

„Was wollen Sie denn?"

Hart und messerscharf entflog der Satz dem Gehege eines wahren Raubtiergebisses. Ein Gruß kam für den zerlumpten Stahlwerksproleten natürlich nicht in Frage. Sukrow hatte in seiner kurzen Arbeiterlaufbahn schon genug Mißachtungen und Demütigungen erfahren. Seine Philosophie über den „Adel der Arbeit", über Heranreifen eines „neuen Zeitalters mit besserer Würdigung der Arbeiter" und endlich das Bewußtsein, doch noch gewissermaßen „etwas Besseres" darzustellen, an das diese Kränkungen nicht heranreichten, hatten ihm immer darüber hinweggeholfen. Dennoch kam seine Antwort alles anders als devot heraus.

„Ich will gar nichts, ich bin nur herbestellt worden."

Dr. Grell blickte ihn verwundert an. „Hierher bestellt? Ach, sind Sie der Herr Sukrow aus dem Stahlwerk? Ja so, das müssen Sie doch sagen. Entschuldigen Sie, daß man Ihnen keinen Stuhl anbot, nehmen Sie Platz. Also Sie haben Chemie studiert?"

Sukrow wurde rot und verlegen wie ein junges Mädchen.

„Hm, drei Semester sind ja nicht viel. Und jetzt karren Sie Schrott am Martinofen? Wie gefällt Ihnen denn das?"

In Ton und Miene des Stahlwerksleiters lag etwas, das Sukrow nicht zu definieren vermochte, das ihn aber gleichviel reizte. Wollte dieser Typ eines Herrenmenschen nur seine Neugierde befriedigen, ihn noch gar verhöhnen? All seine Selbstbeherrschung zusammennehmend antwortete er dahin:

„Ich kam hierher, um eigentlich Kohlenhauer zu werden. In Berlin hieß es, im Ruhrgebiet herrscht großer Mangel an Bergarbeitern. Ich wurde hier aber eines anderen belehrt, man nahm mich nicht mal als Uebertagearbeiter an. Da war ich, weil mir das Rückreisegeld fehlte, gezwungen, als einfacher Handlanger Arbeit anzunehmen, denn ich sagte mir: Arbeit schändet nicht!"

Grell stellte noch mehrere Fragen nach seinen Verhältnissen, so daß Sukrow schon gewillt war, nach dem Zweck des Examens zu forschen, als ihm der Direktor durch die Frage: „Wollen Sie nicht lieber hier im Stahlwerkslaboratorium arbeiten?" zuvorkam.

Der junge Mann mußte wohl ein wenig geistreiches Gesicht machen, das jener für eine Ablehnung halten konnte.

„Wenn Sie aber lieber bei der Karre bleiben, habe ich natürlich auch nichts dagegen. Ich dachte nur, daß es Ihnen als gebildetem Menschen doch angenehmer sein müsse. Sie hätten hier die beste Gelegenheit, sich analytisch weiterzubilden."

„Entschuldigen Sie, Herr Direktor, es kam mir nur etwas überraschend, natürlich..."

„Also einverstanden? Gut! Kommen Sie morgen früh einhalb acht hierher. Aber natürlich müssen Sie sich ein bißchen anders anziehen. Einen Kragen umbinden. Sie haben doch noch einen anderen Anzug? Ich gebe Ihnen vorläufig 700 Mark Monatsgehalt. Und dann auf Wiedersehen!"

Das alles war so plötzlich gekommen, daß er wie betäubt an seine Arbeit zurückkehrte. Aber allmählich brach in seinem Innern lauter Jubel auf. „Glück muß man haben," frohlockte es in ihm, „und Ausdauer und Selbstvertrauen", setzte er noch hinzu. Mit einer Art Andacht beendete er seine Nachmittagsarbeit. Er mußte in dieser Stimmung unbedingt jemand haben, mit dem er sich aussprechen konnte. Da Grothe noch nicht zu Hause war, lenkte er seine Schritte nach Hasdrubal hinaus. Ruckers wusch sich gerade in der Küche, wobei er seinen Brösel rauchte:

„Nanu, du machst ja ein Gesicht, als ob du das große Los gewonnen hast," begrüßte er den jungen Mann.

„So etwas Aehnliches ist es auch," antwortete dieser vergnügt und erzählte, sich auf einen Schemel niederlassend, das Vorgefallene. Zu seinem großen Befremden sagte Ruckers gar nichts, sondern paffte nur dicke Qualmwolken, wie er es immer tat, wenn er in seinem breiten Schädel Gedanken wälzte. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski; für „Bezirk und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Vietzold, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Parik in Hindenburg. — Für Inserate [illegible]

Der Kampf der Massen um den Sozialismus

Ergebnis der Moskauer Parteikonferenzen — Kampf gegen rechts und versöhnlerische Elemente — Wachstum der Industrie um 25 Prozent — Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung — „sozialistischen Wettkampfes" — „Unsere Errungenschaften"

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, Ende Februar 1929.

Die Delegiertenkonferenzen der Verwaltungsbezirke (Rayons) auf die jetzt die Moskauer Parteikonferenz (Bezirksparteitag) folgt, sind zu Ende. Noch niemals vielleicht haben diese Parteikonferenzen so deutlich den Willen der Massen zum sozialistischen Aufbau, die Treue zur Partei und die Ueberzeugung von der richtigen politischen Linie der Partei gezeigt, wie diese letzten Moskauer Tagungen. Und war es nicht die Moskauer Organisation, in der vor kurzem noch rechte und versöhnlerische Strömungen festgestellt werden mußten! Mit Recht schreibt die „Prawda":

„Die Schwankungen, die ihre Widerspiegelung im Moskauer Parteikomitee selbst, besonders in seiner Plenartagung im September fanden, drückten sich in einem versöhnlerischen Verhalten gegenüber der rechten, offen opportunistischen Abweichung aus. Sie fanden ihren Ausdruck in ungenügendem Kampf gegen die Tendenz zur Revision des Industrialisierungsplans und gegen die Elemente in unserer Partei, die die Kollektivisierung unterschätzen, die Zuspitzung der Klassengegensätze vertuschen und dadurch die Wachsamkeit der Arbeiterklasse herabmindern und die Offensive gegen den Kulak schwächen. Objektiv führt das zu einer Schwächung der Positionen des Sozialismus und der Entfesselung der kapitalistischen Elemente in unserem Lande."

In der Ueberwindung dieser Gefahren hat die Moskauer Organisation mit ihren 150 000 Mitgliedern einen hohen Grad der politischen Reife an den Tag gelegt. Mit diesem Bewußtsein tritt die Organisation in ihre XVII. Konferenz.

*

Die Diskussionen in den Zellen bewegten sich in zwei Richtungen. Die parteipolitischen Fragen sind: Kampf gegen die rechten und versöhnlerischen Strömungen, Kampf um die ideologische Reinheit und die weitere Proletarisierung der Partei. In zahllosen Briefen von unten fordert die Partei Durchführung der Parteisäuberung und die Abstoßung aller korrupten, unproletarischen, unbrauchbaren Elemente. Hand in Hand mit der Säuberung, die in verschiedenen Zellen de facto bereits begonnen hat, geht in verstärktem Tempo die Aufnahme neuer Kaders von Betriebsarbeitern in die Partei.

Neben den parteipolitischen Fragen stehen die Probleme des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus auf der Tagesordnung. Die Tatsache, daß die Moskauer Organisation im letzten Jahr ein Wachstum der Industrie um 25 Prozent zu verzeichnen hat, bedeutet einen Sieg an der Wirtschaftsfront.

Die Zahl der Kollektivwirtschaften im Ackerbau hat sich verdoppelt. Dies und die gesteigerte Aktivität der Massen der Landbevölkerung während der Wahlen zu den Sowjets — die Wahlbeteiligung beträgt 78 Prozent statt 58 Prozent im letzten Wahlgang — bieten die beste Gewähr für den Sieg über den Kulak.

*

In der Sitzung des Rats der Volkskommissare entwickelte Rudsutak den Plan der Frühjahrsbestellung. Die sozialistische Regierung steht wahrlich nicht als passive Zuschauerin dabei. 17 Million. Pud Saatgut werden von der Zentralregierung der Union in die Dörfer geschickt, die Hilfe der einzelnen Republiken nicht mitgerechnet. Der diesjährige Plan der Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen übertrifft den des Vorjahres um 40 Prozent und beträgt die Summe von 207,6 Millionen Rubel. 37 000 Traktoren werden in diesem Frühjahr in der USSR. arbeiten, weitere 9000 Traktoren sind dazugekommen. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Samenreinigungsmaschinen, die Belieferung mit Maschinenersatzteilen, Einrichtung von Reparaturstellen, Versorgung mit künstlichem Dünger — das sind die Fragen, die der Verwirklichung harren.

247,1 Millionen Rubel werden für die „Kontraktierung" ausgeworfen, d. h. für Vorschußzahlungen auf Grund abgeschlossener Verträge mit den Getreideproduzenten.

Jetzt schon wirkt sich das neue Gesetz der Steuererleichterung in der Landwirtschaft aus. Die Bauernzeitung „Bjednota" veröffentlicht Briefe über die Erweiterung der Anbaufläche.

*

Die gewaltigen Aufgaben in der Industrie und der Landwirtschaft brauchen das geeignete Menschenmaterial. Das ist der Kampf um den neuen Menschentyp des sozialistischen Aufbaus. Der Kommunistische Jugendverband geht mit seiner Initiative voran, durch Organisierung einer Kampagne des „sozialistischen Wettkampfes". Er greift auf Lenins Worte in seinem Artikel „Wie ist der Wettkampf zu organisieren?" zurück, in dem es heißt: „Jede „Kommune", jede Fabrik, jedes Dorf, jeder Konsumverein, jeder Versorgungsausschuß muß auftreten im gegenseitigen Wettkampf, als praktischer Organisator der Buchung und der Kontrolle über die Arbeit und die Produktenverteilung". Die jetzige Kampagne des sozialistischen Wettkampfes hat besonders zum Zweck die Herabsetzung der Herstellungskosten der Industrie, die der Moskauer Industrie allein 100 Millionen und der Industrie der Unionen über 700 Millionen Rubel einbringen soll. Gerade die Kampagne zur Herabsetzung der Herstellungskosten gehört im Moment zu den schwächsten Seiten des Wirtschaftsaufbaus. Die bisher erreichten Resultate entsprechen dem gesteckten Ziel noch nicht.

*

Die Parole: „Bessere und billigere Produktion" wirft die Frage der Arbeitskräfte auf. In schonungsloser Selbstkritik nagelt die Oeffentlichkeit bei jeder Gelegenheit die Tatsache der gesunkenen Arbeitsdisziplin fest. Die Partei erläßt soeben einen Aufruf an die Organisationen, um den Kampf gegen den Alkoholismus und die rückschrittlichen und hemmenden Traditionen im Arbeiterleben noch mehr als bisher zu verstärken. Mit der Schärfe des Kampfes in der offenen Schlacht rückt die „Jugendprawda" allen Ueberbleibseln der Vergangenheit an den Leib. Wenn man das Sowjetleben nur nach diesen Zeitungsspalten der Selbstkritik kennen lernen wollte, könnte man fast das Vorhandensein all dieser Gefahren überschätzen. Die Kampagne gegen den Antisemitismus, die die Sowjetpresse anläßlich der Ermordung des jüdischen Arbeiters Bolschemennikow in Pskow führt, kennt z. B. ihresgleichen in keinem Lande der Welt.

*

Das wahre Sowjetrußland, das gigantische Werk der Revolution mit allen positiven Errungenschaften auf allen Gebieten des Lebens, das unsere russische Presse in ihrer Selbstkritik nicht zu betonen zu glauben braucht, findet jetzt einen beredten Dolmetscher in Gorki's neuer Zeitschrift „Unsere Errungenschaften", die soeben erschienen ist. Mit seinem feinen Gefühl für die Massen forderte der große Dichter die Schaffung dieses Organs, in dem die Dinge nicht mit dem Seziermesser des Operateurs zerlegt, sondern auf der Platte der historischen Entwicklung festgehalten werden. Was diese Zeitschrift bringt, ist nicht Lobhymnus und Selbstbeweihräucherung. Tatsachen des neuen Aufbaus und Silhouetten der neuen Menschen werden in photographischer Treue geschildert, wie sie durch das Werk der Oktoberrevolution geworden sind.

Die Reichsunfallwoche: Ruwo

Wer ist schuld an den Riesenziffern der Unfälle? — Die Arbeiterschaft — oder das kapitalistische System?

In den Jahren 1924 bis 1927 wurden allein in den der Unfallversicherung unterstellten gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben an Unfällen gemeldet:

1924	786 861
1925	643 446
1926	861 151
1927	1 315 105

Im letzten Jahre waren es — die genauere Ziffer fehlt noch — wieder weit über eine Million Unfälle. Unter Einschluß der außerhalb des Bereiches der Unfallversicherung vorgekommenen Unfälle kommt für das Jahr 1928 eine Unfallziffer von über 2 Millionen Unfällen zustande, d. h. mindestens jede 30. Person wurde im Jahre 1928 von einem Unfall betroffen. Fast 24 000 Menschen kamen dabei zu Tode; das sind täglich 64 Todesfälle allein durch Unfall.

Diese Alarmziffern haben den Hütern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Veranlassung gegeben, einen großartig angelegten Bluff unter dem Stichwort: „Helft Unfälle verhüten" zu organisieren. In der Zeit vom 24. Februar bis 3. März 1929 soll die Reichsunfallwoche — Ruwo — steigen, d. h. ähnlich wie bei der Reichsgesundheitswoche soll sich über die Bevölkerung eine Flut von amtlichen und halbamtlichen Reden, Filmen, Unfallverhütungskursen und Flugblättern ergießen, von denen dann eine Herabminderung der in den letzten Jahren so katastrophal angewachsenen Unfälle erwartet wird.

Die gewerblichen und landwirtschaftlichen „Berufsgenossenschaften", die sich der Bevölkerung als die „Veranlasser" der Ruwo vorstellen, haben so ziemlich alles, was sie erreichen konnten, mobilisiert, um die Ruwo genügend stark in der Oeffentlichkeit in Erscheinung treten zu lassen. Lediglich an die Geschädigten selbst sowie an die Werktätigen in Stadt und Land und deren Vertretungen — die Betriebsräte — haben sie sich nicht gewandt, wahrscheinlich, um das bekannte, „sachverständige" Urteil des grünen Tisches nicht zu trüben. Eine Selbstverständlichkeit natürlich ist es, daß der derzeitige sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister „Genosse" Wissell mit Freuden seine höchsteigene Unterschrift unter diese arbeits- und volksgemeinschaftliche „Aufklärungsoffensive" setzte. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß unter den bisher 117 verantwortlich mitzeichnenden Organisationen und Organisationchen sich in harmonischem Beieinander finden: Die freien Gewerkschaften und der „Reichsverband vaterländischer Arbeiter- und Werksvereine", der Arbeitersamariterbund und das „Deutsche Rote Kreuz", überhaupt die reformistischen Spitzenkörperschaften und die Spitzenkörperschaften der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen Demokratie.

„Mindestens 75 Prozent aller Unfälle sind unmittelbar auf Ursachen zurückzuführen, die im Arbeiter selbst liegen", schreibt das Nachrichtenblatt der Ruwo und enthüllt damit schlagend den eigentlichen Kern der ganzen Sache: Weil die Arbeiter selbst schuld sind an den ihnen zustoßenden Unfällen, darum diese Unfallverhütungswoche, darum diese besonders nachdrückliche „Erziehung" der arbeitenden Bevölkerung zur Unfallverhütung, zum Selbstschutz vor Unfällen. Das ist die eine Seite der Ruwo, die durch die andere „wirkungsvoll" ergänzt wird: Die Ruwo soll auf das Bestehen von Unfallverhütungsbestrebungen „nachdrücklichst" aufmerksam machen". Damit soll gesagt sein: Was den Unfallschutz und die Unfallverhütungsbestimmungen angeht, Arbeiter, Werktätige, so sind die in Deutschland prima; unüberbietbar an Güte! Es kommt nur darauf an, daß ihr, Arbeiter, Werktätige, euch danach richtet (siehe z. B. das bekannte Brandunglück in der Schönleinstraße in Berlin! oder die Phosgenkatastrophe in Hamburg!). Außerdem, daß die Ruwo die werktätige Bevölkerung zum Unfallschutz erziehen will, soll sie zugleich noch sein eine Beweihräucherung der vorbildlichen, deutschen Unfallgesetzgebung und damit der Leistungen der deutschen Sozialpolitik überhaupt.

Wie liegen die Dinge aber in Wirklichkeit?

Sind in 75 von 100 Fällen die Arbeiter selbst schuld an den ihnen zustoßenden Unfällen? Haben wir in Deutschland so übernormal vollkommene Schutzbestimmungen gegen Unfälle? Ist überhaupt unter den heutigen kapitalistischen Verhältnissen eine Senkung der Unfallziffern, ja nur ein Aufhalten ihrer fortgesetzten Steigerung möglich?

Was die gesetzlichen Bestimmungen angeht, so sind sie außerordentlich lückenhaft. Nehmen wir als Beispiel nur die Anbringung von Schutzvorrichtungen bei Maschinen. Jeder normale Mensch dürfte der Ansicht sein, daß diese Schutzvorrichtungen von den Maschinenfabriken nicht bloß mitgeliefert werden müssen, sondern von ihnen gleich bei der Herstellung oder der Aufstellung der Maschinen angebracht würden. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Mit dem Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Maschinen herstellenden Industrie haben es die Unternehmer immer wieder verstanden, diese jedem Laien ganz selbstverständlich erscheinende Maßnahme zu unterbinden. Die Maschinen werden nach wie vor ohne die dazugehörigen Schutzvorrichtungen in die Fabriken geliefert und auch das neue, jetzt zur Beratung stehende Arbeiterschutzgesetz, das von den Sozialdemokraten über den grünen Klee gelobt wird, beseitigt diese erste und grundlegende Ursache aller Unfälle nicht. Allerdings ist der Unternehmer, der an der Maschine arbeiten läßt, verpflichtet, die Schutzvorrichtungen anbringen zu lassen; aber diesem Unternehmer ist der Profit genau so heilig wie der maschinenherstellenden Industrie. Im Interesse des „Reingewinns" werden die Schutzvorrichtungen gar nicht oder in sehr mangelhafter Form angebracht. Hunderttausende von Maschinenunfällen — die Maschinenunfälle machen allein etwa ein Fünftel aller Unfälle aus — beweisen das. Oder ein anderes düsteres Kapitel. Nach den bestehenden Bestimmungen sollen sich gesundheitsschädliche und Menschenleben gefährdende Betriebe nicht innerhalb der Wohngebiete befinden. Und dazu dann die Praxis: Gerade in den von den Berliner Arbeitern bewohnten Vierteln gibt es fast kein Haus, in dem sich nicht irgend ein Betrieb befindet, der mit äußerst feuergefährlichen Rohstoffen und Arbeitsmitteln umgeht: Man denke nur an die Radioindustrie oder die Gummimäntelklebereien. Im Osten Berlins flog im vorigen Jahre ein ganzes Haus in die Luft, weil im Keller sich eine Großschlächterei befand, die mit Ammoniaklösungen arbeitete. In Zehlendorf wurde eine Villa zum Einsturz gebracht, weil sich im Hause ein mit dem äußerst gefährlichen Knallquecksilber arbeitendes Laboratorium befand. Praxis und Theorie: Wir haben in Deutschland eine Reihe von Unfallschutzbestimmungen, die sich auf dem Papier ganz gut ausnehmen; aber die Praxis widerlegt ihre angebliche Uebervollkommenheit jeden Tag.

75 Prozent aller Unfälle werden vom Arbeiter selbst verschuldet. Man muß zugeben, daß Arbeiter gelegentlich unachtsam an den Maschinen umgehen. Aber setzen sie sich der Unfallgefahr aus, weil sie die Unfallschutzbestimmungen nicht kennen, weil sie noch nicht genügend erzogen sind zum Selbstschutz vor Unfällen? Es sind ganz andere Ursachen, die den Arbeiter zwingen, wo er sich auch immer befindet, in der Straßenbahn, im Betrieb oder zu Hause, täglich sein bißchen Leben aufs Spiel zu setzen. Wenn der Zahltag kommt, muß das Wirtschaftsgeld da sein, und weil das Wirtschaftsgeld da sein muß, darum muß der Arbeiter seiner Beschäftigung nachgehen auf Gerüsten, die fehlerhaft gerüstet sind, an Maschinen ohne Schutzvorrichtungen, in Grubenstollen ohne genügende Lüftung und Verschalung. Weil der Werktätige sich seinen Lohn nur unter der Mißachtung der primitivsten Sicherheitsmaßnahmen erkämpfen muß, darum muß er hinein in die überfüllten Verkehrsmittel, muß er den Weg zur Arbeitsstätte antreten, gleichgültig, ob er sich gesund fühlt oder nicht. Man denke daran, daß in Deutschland der größte Teil der werktätigen Frauen noch bis vor der Entbindung zu arbeiten gezwungen ist. Oder die Hausfrau: weil sie gezwungen ist, Heimarbeit anzunehmen, um die Familie über Wasser zu halten, darum muß sie in ihrer Ein- oder Zweizimmerwohnung feuergefährliche Rohstoffe und Arbeitsmittel dulden. Es ist die kapitalistische Rationalisierung, die Akkordschinderei, die Schinderei am laufenden Band, die die Werktätigen zwingen, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit, ohne Rücksicht auf das Nichtvorhandensein von Schutzvorrichtungen, täglich aufs neue ihr Leben aufs Spiel zu setzen für einen Stundenlohn von 50 Pfennigen bis 1 Mark. Es sind die niedrigen Stundenlöhne, die die werktätigen Massen zwingen, diese Ausquetschung ihrer Arbeitskraft in den rationalisierten Betrieben sich 10, 12, 14 Stunden gefallen lassen zu müssen. Es ist frecher Hohn, zu behaupten, die Arbeiter seien zu 75 Prozent selbst schuld an den ihnen zustoßenden Unfällen. Schuld daran ist das kapitalistische Ausbeutungssystem, und schuld an der ununterbrochenen Steigerung der Unfälle, insbesondere seit 1925, ist die kapitalistische Rationalisierung, die den Arbeiter, um nur zu einem Minimallohn zu kommen, bisweilen sogar zwingt, die an den Maschinen angebrachten, äußerst mangelhaften Schutzvorrichtungen zu beseitigen.

Das alles wird von den offiziellen Rednern der Reichsunfallwoche nicht gesagt werden.

Von all dem befindet sich in den von der Ruwo herausgegebenen Mitteilungsblättern auch nicht ein einziger Satz, wiewohl der ADGB., die Spitzenkörperschaft der freien Gewerkschaften, mit an erster Stelle unter den Organisatoren der Ruwo firmiert. Solange aber bei der Bekämpfung der Unfälle, wo auch immer es sei, nicht diese notorische Schuld der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft selbst in den Vordergrund gestellt wird, solange man nicht die Unfälle an ihrer eigentlichen Wurzel, der kapitalistischen Rationalisierung, bekämpft, so lange ist ein dekoratives Unternehmen wie die Reichsunfallwoche nur Sand in die Augen der Werktätigen, ein Widerspruch in sich selbst. Ein Kampf gegen die Riesenziffern der Unfälle ist zur Erfolglosigkeit verdammt, wenn er in schöner Einheitsfront geführt wird auf der einen Seite vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten, der seit Jahrzehnten die Anbringung der Schutzvorrichtungen am Herstellungsort der Maschine hintertreibt, auf der anderen Seite von all den reformistischen Organisationen, die ebenfalls seit Jahrzehnten in ihrer Literatur die Anbringung der Schutzvorrichtungen am Herstellungsort der Maschinen verlangen.

Das Proletariat muß das einsehen! Es wird sich nicht blind machen lassen von dem Reklamegeschrei der Ruwo, es wird die ihm in die Schuhe geschobene Schuld mit wirklich Abhilfe bringenden Forderungen beantworten, und es wird darüber hinaus für diese Forderungen zu kämpfen wissen.

Rudolf Vogt

Der Betriebsrat muß sich verpflichten

1. für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften, für die Einheit der Arbeiterklasse auf der Klassenbasis, gegen Wirtschaftsfrieden und gegen den Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie;

2. für die Organisierung eines geschlossenen Kampfes für die Erhöhung der Arbeiterlöhne; Sicherung des achtstündigen Maximalarbeitstages, freier Sonnabendnachmittag, für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden, für Lohnausgleich und gleichen Lohn für gleiche Leistung, für größeren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche;

3. gegen Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungssystem, für Streikfreiheit, gegen Unternehmerterror und Betriebsfaschismus;

4. für die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, für einheitliche Klassengewerkschaften auf der Grundlage der Industrieverbände, für die Entwicklung der Betriebsräte zu revolutionären Kampforganen der Arbeiterklasse

zu kämpfen.

Arbeiter, wählt nur Betriebsräte, die sich verpflichten, für obige Forderungen einzutreten!

Oberschlesien

BAV.-Mitglieder lehnen die Kandidatur auf der reformistischen Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl auf Heinitzgrube ab

Sie kandidieren nicht mit sozialdemokratischen Betriebsspitzeln

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Am vergangenen Sonntag tagte die freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft der Heinitzgrube im Volkshaus zu Beuthen und nahm Stellung zur Betriebsrätewahl. Man präsentierte der Belegschaft eine fertige reformistische Liste, die im SPD.-Funktionärkörper, — die Opposition hatte man mit Hilfe der Bürokratie ausgeschaltet und nicht zuletzt aus dem Verbande ausgeschlossen —, aufgestellt worden war. Auf dieser Liste hatte man die Opposition beinahe vollständig an die Wand gedrückt. Am Schwanz der Liste hatte man drei oppositionelle Kollegen aufgestellt.

Genosse Schweda, der als 2. Vorsitzender der Zahlstelle Beuthen ohne Stimmrecht an dieser Versammlung teilnahm, sprach gegen diese von der SPD. diktierte Liste und forderte die oppositionelle Kollegenschaft auf, die Kandidatur auf dieser Liste abzulehnen. Auf diese Liste hatte man die bekannten Reformisten Dutka und Blaszyk an die Spitze gestellt. Wer sind diese beiden Burschen? Das sind Leute, die die Genossen Kempinski und Richard Schweda, als sie als Betriebsräte fungierten, bei der Verwaltung denunzierten. Blaszyk trat als Kronzeuge der Verwaltung im Prozeß gegen die beiden Genossen auf.

Die Mehrheit der versammelten Kollegen solidarisierte sich mit den Ausführungen des Genossen Schweda und war für eine oppositionelle Liste zu haben. Krzymek war es, der voriges Jahr bei der Aufstellung der Liste, als die Genossen Schweda und Kempinski als Spitzenkandidaten aufgestellt wurden, das Ausschlußverfahren aus dem Verbande stellte.

Dieser Bonze tobte, als er die Stellung der Kollegen gegen die reformistische Liste sah.

Dem Genossen Schweda wurde von Krzymek das Ausschlußverfahren angekündigt, und das deshalb, weil er die wahre Behauptung aufstellte, daß Dutka und Blaszyk Spitzeldienste für die Verwaltung leisteten. So ist gleich die Bürokratie dabei, sich der Opposition zu entledigen. Diese Ausschlußwut wird auch dementsprechend von den Kollegen beantwortet werden müssen. Darüber sollten sich die Leute vom Schlage eines Kossahl und Krzymek klar sein. **Die Ausschlußkampagne und Spaltung der Gewerkschaften durch die Reformisten muß mit dem Proteststurm aus den Betrieben beantwortet werden.**

Genosse Schweda hatte seinerzeit als 2. Vorsitzender der Zahlstelle des BAV. das Ausschlußverfahren gegen diese Betriebsspitzel beantragt, das aber die Bürokratie hintertrieb.

Die Kollegen der Heinitzgrube haben das Spiel dieser Halunken erkannt und werden eine Belegschaftsliste aufstellen, getragen von dem Vertrauen der Gesamtbelegschaft.

Gegen die Gewerkschaftsspalter — für die Gewerkschaftseinheit!
Gegen reformistische — für revolutionäre Betriebsräte.

Aus dem Beuthener Stadtparlament

Bau eines Affen- und Vogelhauses abgelehnt — Kommunisten für Arbeiterwohnungen.

Die Stadtverordnetensitzung am 25. Februar stand schon unter dem Einfluß der bevorstehenden Kommunalwahlen, denn es ging recht lebhaft her.

Bei der Bewilligung von 3000 Mark für eine Turmuhr in Dombrowa fing es an. Die Kommunisten lehnten diese Summe ab, mit der Begründung, daß bei wichtigeren kulturellen Forderungen, wie Kommunalfriedhof, die Zentrumsleute riefen: „Bezahlt euch den Kommunalfriedhof selbst!" So soll auch die Kirche sich die Uhr selbst kaufen.

Ein neues Gewächshaus für 100 000 Mark sollte erbaut werden. Hier wurde es schon lebhafter. Genosse Urbanzyk forderte, daß erst für die Menschen Wohnungen geschaffen werden sollen, und dann erst für die Blumen. Interessante Enthüllungen wurden über die Ausgaben der Parkverwaltung gemacht: Die Stadt Beuthen gab für den Park, als sie 60 000 Einwohner zählte, jährlich 30 000 Mark aus, heute werden jährlich 300 000 Mark dafür ausgegeben, und man sieht nicht, wo es hinkommt. Die Vorlage: „Bau eines neuen Palmenhauses" für nur 100 000 Mark sowie der Bau eines „Affen- und Vogelhauses" wurde abgelehnt, nachdem die Kommunisten diese Forderung ins rechte Licht setzten. Wahrscheinlich schämten sich die Bürgerlichen hier selbst.

Bei dem Wohnungsbauprogramm für 1929 entspann sich eine lebhafte Debatte. Sozialdemokrat Piecha betonte, daß von der Hauszinssteuer 1,8 Millionen Mark das Reich zahle. Hiervon sollen 900 Wohnungen errichtet werden, den Rest zahlt die Stadt. Der Magistrat selbst will 150 Wohnungen bauen, und 750 Wohnungen sollen Privatfirmen errichten. Es sollen 84 Prozent Dreiraumwohnungen gebaut werden, und der Rest von 16 Prozent soll Vier- und Fünfraumwohnungen sein. Es wurde bemängelt, daß wieder Mietskasernen gebaut werden sollen, und daß bei 4000 Wohnungsuchenden der Bau von 150 Wohnungen des Magistrats genau soviel bedeutet, als wenn man ein erstklassiges Weinhaus aufsucht, nach einer Flasche Kupferberggold fragt, und sich nachher ein Glas Selter bestellt. Desgleichen, daß man den weitaus größten Teil der Wohnungen von Spekulanten bauen läßt. Stadtbaurat Stütz verteidigte mit auffallender Wärme die Baufirmen, indem er sagte, daß die Bauherren keine Spekulanten seien, sondern Baufirmen, die unter großen Kosten, damit ihr Gewerbe nicht lahmgelegt werde, sich zu Bauprojekten entschlossen haben. Gerade dieser Herr hat, wenn es sich um kleinere Gewerbetreibende handelt, durchaus kein Verständnis bei der Lahmlegung ihres Gewerbes. Sein Ausdruck: „Wir sind keine Wohlfahrtseinrichtung", ist schon stadtbekannt, um so mehr muß sein weites Herz für die großen Baufirmen auffallen.

Der Kommunist Drzymalla erklärte, daß man doch auch Zweizimmerwohnungen bauen müßte, da der oberschlesische Arbeiter nicht in der Lage ist, so große und daher teure Wohnungen zu bezahlen. Auf der anderen Seite sind die Altwohnungen schon so schlecht, daß bereits Menschen darin erfroren sind.

Der Sozialist Piecha warf sich in die Brust und betonte, er könnte nicht verstehen, warum die Kommunisten nicht für den Fortschritt eintreten und größere Wohnungen befürworten. Als man ihm zurief, daß erst der entsprechende Lohn da sein müsse, um größere Wohnungen bezahlen zu können, und die SPD. schuld sei an dem miserablen Verdienst, warf er sich in die Brust und rief: „Wir sind stolz auf das, was die SPD. in den zehn Jahren Republik geschaffen hat!"

Er hat sicherlich die Millionen Erwerbslose, die vollkommene Vernichtung der kleinen Gewerbetreibenden, die furchtbare Wohnungsnot ganz vergessen, sonst hätte er seinem Stolz einen Dämpfer aufgesetzt.

Warum immer wieder Hausbrände

In letzter Zeit haben wiederholt inner- und außerhalb der Stadt Gleiwitz Brände stattgefunden, die auf schadhafte Schornsteinanlagen, insbesondere auf das Fehlen oder die schadhafte Beschaffenheit der Verschlüsse der Schornsteinreinigungsöffnungen zurückzuführen sind. Wir machen alle Hauseigentümer darauf aufmerksam, daß sie für die ordnungsmäßige Beschaffenheit der Schornstein- und Feuerungsanlagen in ihren Häusern nach den baupolizeilichen Vorschriften verantwortlich sind und weisen besonders auf die Strafbestimmungen der §§ 309 und 368 des Reichsstrafgesetzbuches hin. Im Interesse des öffentlichen und privaten Wohles und um etwaige Brände abzuwenden, ersuchen wir alle Hauseigentümer, die Schornstein- und Feuerungsanlagen zu prüfen und schadhafte Anlagen in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen. Die Bezirksschornsteinfeger sind von uns ersucht, in allen Fällen von schadhaften Schornstein- oder Feuerungsanlagen Anzeige zu erstatten.

Hindenburg

Pflegt revolutionären Gesang! Am Sonntag, dem 3. März, nachmittag 3 Uhr, findet die erste Gesangsprobe des proletarischen Gesangvereins „Gleichheit" Zaborze (gemischter Chor) im Lokal Geltowski, Zaborze-Dorf, Rollnikstraße, statt. Die Sangesbrüder und -schwestern werden hiermit freundlichst eingeladen.

Karbidkesselexplosion fordert ein Menschenleben

Am Mittwoch, dem 26. Februar, nachmittags gegen 4 Uhr, ereignete sich im Beamtenneubau Hüttenstraße ein folgenschwerer Unfall. Dort war der Obermonteur Wilk aus Hindenburg von der Firma Krug, welche die Heizungsanlage in dem Bau ausführt, mit Schweißarbeit beschäftigt, als ein Funke seines Schweißapparates in einen etwa 2 Meter von ihm entfernt stehenden Karbidkessel hinüberflog und denselben zur Explosion brachte. Teile des Kessels trafen Wilk und schlugen ihm die Schädeldecke ab. Der Verunglückte wurde mittels städtischen Krankenautos nach dem Krankenhause gefahren, wo er in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Vorarbeiter Dullok, der Antreiber

A.K. Am Sonntagabend gegen 7 Uhr erschien in der Wohnung des Arbeiters Wichary, Heinrichstraße, der städtische Vorarbeiter Dullok in angetrunkenem Zustande und brüllte den im Bett liegenden Arbeiter W. an und forderte ihn auf, den Straßenmeister Fliege aufzusuchen. Warum W. beim Straßenmeister, gar noch am Sonntagabend, erscheinen sollte, ist von dem betrunkenen Dullok nicht angegeben worden. Die Schwägerin des W. erklärte dem Eindringling, daß sie selber krank sei und deshalb auch nicht zum Straßenmeister gehen könne. Im Brüllen ließ D. nicht nach. Ehe er die Wohnung verließ, meinte er, daß man mit dem Ochsenziemer die Krankheit austreiben müsse.

Gleich am nächsten Tage führte die Schwägerin des W., die auch als städtische Arbeiterin beschäftigt wird, beim Straßenmeister Fliege Beschwerde, der dieser wenig Wert beimaß.

Vorarbeiter Dullok, der von Fliege zum Vorarbeiter ernannt wurde, ist ein Antreiber erster Sorte. Die Kehrfrauen müssen allerlei Schikanen über sich ergehen lassen. Als Krankenkontrolleur fungiert D. auch noch. Natürlich ist er von Fliege zu dieser Funktion beauftragt.

Die städtischen Arbeiter verlangen, daß Leute solcher Sorte wie D. schnellstens verschwinden. Auch der städtische Arbeiter hat ein Recht, als Mensch behandelt zu werden.

Auf zum

Wohltätigkeitsvergnügen der IAH.

am Sonntag, dem 3. März, 17 Uhr im Saale von Eisner, Kronprinzenstraße. Es gelangt das Theaterstück

„Das Proletariermädchen"

zur Aufführung. Eintritt 40 Pf. Nach dem Theater Tanz.
Es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Einführung des neuen Oberpräsidenten

Wie verlautet, wird Oberbürgermeister Dr. Lukaschek am 9. April durch Innenminister Grzesinski in sein neues Amt als Oberpräsident der Provinz Oberschlesien eingeführt werden.

Gleiwitz

Dr. Hollenberg und sein neuester Ulas

A.K. Vor einigen Tagen konnte man am Schwarzen Brett einen neuen Ulas des Herrn Hollenberg lesen, aus dem zu entnehmen war, daß Herr H. sehr viel Zeit haben müsse, um auf solch „famose" Gedanken zu kommen. Er empfiehlt den Arbeitslosen, in ihrem Interesse auf dem Arbeitsamt in Arbeitskleidung zu erscheinen.

Warum dies Herr Dr.? Die Arbeitslosen kommen doch nur in ihren letzten Lumpen aufs Arbeitsamt. Neuanschaffungen können sie sich doch nicht leisten. Oder glauben Sie etwa, daß, wenn ein Kumpel seinen Sonntagsanzug anzieht, er von der „hohen" Unterstützung gekauft worden ist? Beruhigen Sie sich, Herr Dr., im Pelz werden die Proleten nicht kommen.

Dieser Ulas ist zurückgezogen worden. Man weiß nicht, warum. Sollte etwa ein Nervenarzt dem Herrn Arbeitsamtsleiter zu diesem Schritt geraten haben?

Die Kollegen der Firma Pietsch werden gut tun, wenn sie nicht länger mehr die Schikanen und den Lohnbetrug dulden und geschlossen auftreten. Durch die Solidarität aller Kollegen ist auch der Fabrikbesitzer Pietsch klein zu kriegen. Kollegen, nur an euch liegt es!

Neustadt

Polizei erscht zu spät ein

Zu dem vor kurzem erschienenen Artikel, in dem ein Beispiel des hiesigen Wohnungselends geschildert wurde, erwähnen wir ergänzend folgendes: Inzwischen ist die im Hause M. Oberstraße 5 gelegene „Wohnung" polizeilich geschlossen worden, aber erst, nachdem die Inhaberin der Wohnung eine Kohlenoxydgasvergiftung erlitt und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Für das junge Ehepaar, das die Räumlichkeit mit der Mutter teilte, ist durch diesen Vorfall das Elend noch verschlimmert, da das Wohnungsamt bis jetzt für keine Wohnung gesorgt hat. So müssen sie getrennt bei Geschwistern bzw. Verwandten, die selbst in dürftigen Wohnverhältnissen sind, hausen. Der Hausbesitzer Kupka (deutschnational), Mitglied des Wohnungsausschusses, besichtigte — vom Hofe aus — den gesperrten Raum und äußerte: „Ich weiß nicht, was die Leute wollen, die Wohnung ist doch ganz schön!" Anscheinend hat dieser Herr bzw. dessen Verstand stark unter der jetzigen Kältewelle gelitten.

Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß die Herren vom Wohnungsamt diesen Zustand baldigst beseitigen.

Oppeln

Die Arbeitersamariter und die Ruwo

Die „Ruwo"-Ausstellung in Forms Saal ist, abgesehen von einigen guten Modellen, recht mager und für den Besucher unsystematisch aufgebaut. Eine Sammlung guter und schlechter Plakate, die zudem den meisten bekannt sind, bilden 90 Prozent der Ausstellung. Eine Ausstellung soll fesseln und Eindruck erwecken, muß anziehend und nachhaltig wirken; das kann man von dieser nicht behaupten. Man hat sich behördlicherseits nur einer Anstandspflicht mit dieser Ausstellung entledigt.

Die Abteilung der Arbeiter-Samariter, die, wie jeder unbefangene Besucher feststellen muß, immer noch am meisten Beachtung findet, unterscheidet sich leider in der Tendenz fast in nichts von den anderen Ausstellern. Das ist auch nicht verwunderlich, befindet sich doch diese Organisation mit ganz wenigen Ausnahmen in den Händen der Sozialdemokraten. Daran ändert sich auch nichts, wenn, wie in Oppeln, Kommunisten die örtliche Führung haben, denn das Material erhalten sie doch alles von der reformistischen Zentrale.

Die Aufgabe der Arbeiter-Samariter müßte es bei einer solchen Ausstellung sein, nicht nur zu zeigen, wie die Hilfeleistung bei Unglücksfällen erfolgt und inwieweit der Arbeiter selbst Unfälle verhindern kann, sondern vor allen Dingen die Ursachen der Unfälle im Zusammenhang mit dem heutigen Ausbeutersystem bloßlegen. Hierbei könnten die Arbeiter-Samariter den Kampf um den Achtstundentag und überhaupt eine weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit wirksam unterstützen.

Eine in die Augen fallende Statistik müßte zeigen, wieviel Prozent der Unfälle sich ereignen in der ersten Arbeitsstunde, der zweiten, dritten usw., bis zur letzten, und dabei ließe sich ganz genau nachweisen, daß die meisten Unfälle in der neunten und zehnten Arbeitsstunde zu verzeichnen sind. Die Folgerung müßte sein:

Weg mit der langen Arbeitszeit, wenn Unfälle vermindert werden sollen.

Hundert andere sehr wirksame Beispiele auf den verschiedensten Gebieten, besonders dem der Berufskrankheiten, ließen sich da im Gegensatz zum bürgerlichen „Ruwo"-Rummel anführen. Die Ausstellung der Arbeiter-Samariter müßte zu einer einzigen Anklage gegen das heute herrschende System werden, und jeder Arbeiter, der die Ausstellung betritt, müßte sofort merken: ja, hier werden deine Interessen vertreten, der Name „Arbeiter" allein macht es noch nicht. Nebenbei gesagt, ist selbst diese als rein äußerliche Kennzeichnung auf den Programmen weggelassen worden und immer nur von der „Samariter-Kolonne" die Rede. Diese Korrektur hat scheinbar die „Ruwo"-Leitung selbständig vorgenommen und wird dafür hoffentlich noch verstaucht werden.

Wenn man bedenkt, daß diese Ausstellung eigentlich die erste ist, an der sich die verhältnismäßig noch junge Ortsgruppe des ASB. beteiligt, so muß man zugeben, daß sich der leitende Arzt Dr. Kwoczek und alle Mitglieder dieser Kolonne in selbstloser Weise viel Mühe gegeben haben, und die Arbeiterschaft diese Einrichtung sehr gut zu schätzen weiß. Gerade deshalb, weil die Arbeiter-Samariter ein Glied in der Kette der Arbeiterbewegung sind, werden sie unsere gutgemeinten und unserer gemeinsamen Sache dienenden Ratschläge würdigen und bei einer späteren Ausstellung sicher beachten.

M. G.

Spielen mit Schußwaffen

Ein Zimmermann aus Muchenitz hatte sich eine Pistole selbst aus einem alten Karabinerlauf und sonstigen Metallteilen angefertigt und geladen. Als er die Ladung zum Abschuß brachte, explodierte diese nach hinten und ging in den Kopf des Mannes, der sofort zusammenbrach. Die hinzugerufenen Arbeitersamariter wie auch der sofort herbeigerufene Arzt konnten nur noch den Tod feststellen.

Bezahlte Ehrenämter

Es ist bekannt, daß ein Parteisekretär rund 400 Mark den Monat Gehalt bezieht. Außerdem erhält z. B. Herr Kühn noch verschiedene Nebenbezüge. So vom Arbeitsamt Oppeln als Beisitzer des Spruchausschusses 5 Mark für eine Sitzung. Da läßt es sich schon ganz gut leben. Wenn ein Mensch durch irgendwelche Ehrenämter Lohn- oder Gehaltsverlust hat, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß dieser ersetzt werden muß. Bei Herrn Kühn kommt das aber nicht in Frage, da ihm niemand etwas abzieht.

Theater-Aufführungen der IAH.

Am Sonntag, dem 3. März, nachmittags 4 Uhr und abends 7,30 Uhr findet im alten Schützenhaus eine Theatervorstellung der Internationalen Arbeiter-Hilfe statt. In den Pausen Musikvorträge der Arbeiter-Mandolinisten. Sämtliche Zeitungsleser sowie Mitglieder der anderen proletarischen Organisationen werden ersucht, dafür Propaganda zu machen und die Veranstaltung zu besuchen. Der Vorstand.

Kursus

Der Kursus am vergangenen Sonntag, der sich mit dem „Programm der Kommunistischen Internationale" beschäftigte, war wieder gut besucht. Vor allen Dingen waren es jugendliche Arbeiter, die man als Teilnehmer sah. Da sich dieses Mal der Kursus mit dem Endziel der kommunistischen Bewegung beschäftigte, gab es eine sehr interessante Diskussion.

Der nächste Kursus findet im bekannten Raum am Montag, dem 11. März, um 19,30 Uhr statt.

Wintervergnügen der Roten Jungfront
Sonnabend, den 2. März 1929, 19,30 Uhr im alten Schützenhaus.

Versammlungskalender

Sonstige Organisationen.

Hindenburg. IAH. Sonnabend, den 2. März, 19 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Zimmermann. Zu dieser Versammlung sind die Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses sowie der Armen- und Wohlfahrtskommission geladen.

Ziegenhals

Nichttarifmäßiger Lohn — oder Aussetzung

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Die Firma Pietsch, Stuhlfabrik, die ihren Betrieb in Dürr-Kunzendorf betreibt, glaubt, die Proleten um ihren Tariflohn zu beschummeln. Auf Druck einiger Kollegen und der Gewerkschaft erklärte sich Herr Pietsch bereit, den Tariflohn zu zahlen, auch war er bereit, den vorenthaltenen Lohn nachzuzahlen. Die Tat blieb aus. Es sind schon einige Wochen wieder ins Land gegangen, und Herr Pietsch denkt nicht daran, die getroffene Vereinbarung innezuhalten. Daraufhin haben die Kollegen eine Klage beim Arbeitsgericht eingereicht. Und Herr Pietsch antwortet mit Schikanen. Sein Werkmeister, Herr Schönfelder, erklärte diesen Kollegen, daß sie aussetzen müssen. Auf die Frage wie lange, erklärte Sch., das sei unbestimmt. Als die Kollegen merkten, auf was die Firma auszugehen beabsichtigt, machten sie Sch. aufmerksam und meinten, daß sie den Fall dem Verbande zur Bearbeitung übergeben werden. Da hätte mal einer sehen sollen, diesen „feinen" Herrn, wie er sich aufpuffte. Unter anderem erklärte er, daß in diesem Falle ein ganzes Vierteljahr die Proleten feiern müßten. Unter den ausgesetzten Kollegen sind auch Mitglieder des Betriebsrats. **Willkürlich herrscht die Firma und macht Proleten brotlos.**

Breslau

Urteil im Zivilprozeß Rosen

Die ehemalige Wirtschafterin des ermordeten Prof. Rosen hat gegen die Erben einen Erbanspruch von 20 000 Mark geltend gemacht. Davon sind zunächst 5000 Mark eingeklagt worden. Die gestrige Vollsitzung der 7. Zivilkammer hat nun folgendes Urteil verkündet: Die Beklagten werden verurteilt, der Klägerin 5000 Mark nebst Zinsen vom 8. August 1925 zu zahlen. Die Kosten werden den Beklagten auferlegt. Gegen Hinterlegung einer Sicherheit von 6000 Mark ist das Urteil vorläufig vollstreckbar. — Wir kommen auf die Angelegenheit morgen ausführlicher zurück.

Kriegsbeschädigte, Arbeitsinvaliden!

Am 27. Februar tagte die gutbesuchte Bezirksversammlung der Arbeitsinvaliden von Breslau-Scheitnig, organisiert im „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit". Alle revolutionären Kriegs- und Arbeitsinvaliden werden aufgefordert, endlich aus dem bürgerlichen „Reichsbund" auszutreten und sich dem „Internationalen Bund" anzuschließen. Gau Schlesien, Geschäftsstelle Görlitz, Teichstraße 1, Breslau, Geschäftsstelle Schuhbrücke 83.

Der „gerettete" Hindenburg

Anläßlich des Besuches des Retters in unserer Stadt hatte es sich die revolutionäre Arbeiterschaft nicht nehmen lassen, an den Oderufern und auf den Straßen in Form von Inschriften ihre Gratulationsadresse abzugeben. So war vor dem Portal der Universität in großen Lettern: „Nieder mit dem Massenmörder Hindenburg!" zu lesen. Vor dem Oberpräsidium war es den Arbeitern nicht möglich, die Begrüßungsadresse zu vervollständigen. Da man der Täter nicht habhaft werden konnte, verhaftete man in der Nacht vom 17. zum 18. September vor dem Oberpräsidium vier Arbeiter; drei behielt man vier Tage lang in Polizeihaft und ließ sie erst auf Protest des Landtagsabgeordneten Genossen Wollweber wieder frei.

Von den Verhafteten hatten sich nun dieser Tage der Arbeiter Artur Elger und der Arbeiter Fritz Rösler vor dem Einzelrichter wegen groben Unfugs zu verantworten.

Obwohl Formfehler in der Anklage vorhanden waren, wurde sie trotz Protestes der Angeklagten verhandelt. Durch Zeugenaussagen wurde nur festgestellt, daß beide Angeklagte auf der Schmiedebrücke zusammen gesehen worden sind, eine Beihilfe an der Ausführung der Inschriften konnte ihnen nicht nachgewiesen werden. Trotz alledem beantragte der Amtsanwalt wegen der „Schwere des Falles", Verächtlichmachung des Reichspräsidenten, keine Geldstrafe, sondern eine je vierzehntägige Haftstrafe. **Der Einzelrichter erkannte auf je 70 Mark Geldstrafe oder vierzehn Tage Haft.** Da die Angeklagten kein Geld haben, müssen sie eben brummen. Das ist der Sinn der „Demokratie" in unserer „freien" Republik.

Das Urteil ist wieder einmal ein reines Klassenurteil. Für ein nicht bewiesenes Delikt werden zwei Arbeiter vierzehn Tage lang eingesperrt. Proleten sind eben keine Heydebrands. Für das Gericht ist die Hauptsache, daß Hindenburgs Ehre wieder repariert wird.

Noch mehr Quartiere werden gebraucht

Für die Delegierten der Landes-Erwerbslosenkonferenz werden für die Nacht von Sonnabend zu Sonntag noch einige Quartiere benötigt, da die Zahl der Delegierten größer sein wird als zuerst angenommen wurde. Wir ersuchen alle diejenigen, die imstande sind, ein Quartier zur Verfügung zu stellen, ihre Adresse den Quartierwerbern anzugeben. Meldungen werden am Sonnabend noch im Tagungslokal, Westendstraße 37, entgegengenommen.

Temperatur weiter gesunken

Thermometerstand heute morgen 8 Uhr: 14 Grad unter Null.

Tödlicher Unglücksfall auf dem Breslauer Güterbahnhof. Gestern mittag zwischen ½12 und 12 Uhr verunglückte auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost der Arbeiter Karl Kugel, 30 Jahre alt, Friedrich-Karl-Straße 50 wohnhaft, dadurch, daß er zwischen einen Speditionswagen und einen Eisenbahnwagen geriet. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, dem er eine halbe Stunde später erlegen ist.

Die evangelische Volksschule 36, Posener Straße, richtet einen Behelfsunterricht im Schulhause Liegnitzer Straße ein. Die Schüler versammeln sich am Sonnabend, den 2. März, 14 Uhr, im untersten Hausflur des Schulhauses Liegnitzer Straße. Die Gaudig-Schule, Kleinburgstraße, eröffnet ihren Schulbetrieb wieder am Montag, dem 4. März.

Einbruch. In der Nacht zum Sonntag ist in das Tuchgeschäft von Max Steif, Goldene Radegasse 27, eingebrochen worden. Die Täter zerschlugen die Schaufensterscheibe und entwendeten 62 Meter Herrenanzugstoffe im Werte von 1200 Mark.

Straßenunfälle. Gestern gegen 16 Uhr wurde auf dem Königsplatz die Ehefrau Martha Nutsch, Gräbschener Straße wohnhaft, mit ihrem 2½ Jahre alten Kinde von einem Radfahrer angefahren und umgerissen. Beide trugen leichte Verletzungen davon. — **Durchgegangenes Pferd.** Am Mittwoch ist auf der Matthiasstraße das Pferdegespann der Firma Opitz durchgegangen. An der Universitätsbrücke wurde es durch einen Polizeiwachtmeister und einen Arbeiter aufgehalten. Der Kutscher des Gespannes, der im Begriff war, das Fuhrwerk zu besteigen, stürzte ab und wurde eine ganze Strecke mitgeschleppt, wobei er Verletzungen am Kopf davontrug.

Gefunden. Ein Geldschein, eine silberne Damenarmbanduhr mit Gliederarmband, eine dunkelblaue Damenhandtasche (Inhalt Geldbetrag, Handschuhe, Taschentuch usw.), ein braunes Portemonnaie mit Geldbetrag, eine Aktentasche mit drei Büchern und Schreibmaterial, eine goldene Damenuhr, ein Armband, ein graues Damenportemonnaie mit Inhalt, ein Pelzkragen, eine Studentenmütze, ein Trommelrevolver, eine Frachtkiste, eine goldene Damenuhr (schwarzes Armband mit Klammer), eine Damenhandtasche (Inhalt Portemonnaie, zwei Bund Schlüssel), ein Hundemaulkorb.

Zugelaufen: ein grauer Schäferhund, ein brauner Jagdhund und ein Dobermannhund bei Fischer, Pöpelwitzstraße 89.

Bevölkerungsstand Ende Januar. Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Dezember 1928 auf 608 808 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Januar 1929 nach der „Fortschreibung" (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen dazugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des Städtischen Statistischen Amtes 608 657. Geborene wurden 815, Gestorbene 1 018 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Gestorbenen von 203. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 4 164, die der Fortgezogenen auf 4 112, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 52 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung gegen Ende Dezember 1928 um 151 Köpfe.

Während des 6-Tage-Rennens in der Zeit vom 1. bis 7. März verkehren: Linie 1 E zwischen Jahrhunderthalle—Lessingbrücke—Ring—Königsplatz und zurück mit 20 Minuten Wagenfolge, und zwar: ab Jahrhunderthalle von 1,10 bis 5,10, ferner 5,26, 5,48, 6,10, 6,26 und 6,48 Uhr, ab Königsplatz von 1,38 bis 7,18 Uhr. Linie 18 E zwischen Jahrhunderthalle—Freiheitsbrücke—Hauptbahnhof—Sonnenplatz und zurück mit 20 Minuten Wagenfolge, und zwar: ab Jahrhunderthalle von 1,20 bis 5,40, ferner 5,56, 6,20, 6,40 und 6,56, ab Sonnenplatz 1,48 bis 6,28 Uhr.

Städtische Steuern im März. Der Magistrat veröffentlicht im Anzeigenteil eine Bekanntmachung, welche Steuern im Monat März an die städtischen Steuerkassen zu entrichten sind.

Breslauer Volksbühne. Montag, den 4. März, findet im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne ein Konzert im Kammermusiksaal statt, bei dem Gertrud Wertheim-Berlin (Cembalo) und Jboltyka Zilzer-Berlin-Budapest (Violine) Kammermusik des 17. und 18. Jahrhunderts für Violine und Cembalo zum Vortrag bringen werden. Eintrittskarten zu diesem Konzert erhalten die Mitglieder der Volksbühne zum Einheitspreis von 1 Mark in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Nichtmitglieder zum Preise von 2 und 3 Mark auch bei Hainauer und an der Abendkasse.

„Klappsitz und Gardine." Kostümfest der Breslauer Bühnenkünstler und der Breslauer Volksbühne. Den Besuchern des morgen stattfindenden Festes wird empfohlen, sich beim Kauf der Eintrittskarten nicht auf die Abendkasse zu verlassen. Nach den schon jetzt für das Fest ausgegebenen Eintrittskarten ist ungewiß, ob für die Abendkasse noch Eintrittskarten übrig sind. Eintrittskarten im Vorverkauf bei Barasch, Hainauer und Hoppe: 4,50 Mark; für Mitglieder der Volksbühne und Studierende 2,25 Mark in der Albrechtstraße 32.

Weltbühne! „Abenteurer G. m. b. H." Ein von der ersten bis zur letzten Minute spannender Kriminalfilm, der den Kampf eines Amateurdetektivs mit einer organisierten Verbrecherbande zeigt. Der Inhalt des Kampfes ist ein diplomatischer Geheimvertrag. Der Führer der Verbrecherbande ist ganz Edgar Wallace, der Chef der Geheimpolizei. Der Amateurdetektiv wird von Carlo Aldini mit meisterhaften, artistischen Einlagen gespielt, die Harry Piel und alle seine Konkurrenten vor Neid erblassen lassen. Aldini überklettert Dächer, springt von einem Hause auf das andere, stürzt sich vom Dache in einen Kanal. Der Beifilm „Begierde" zeigt den aussichtslosen Kampf eines Säufers, eines Pastors, der öffentlich die Trunksucht bekämpft, mit dem Alkohol. Die Geschwister Browning produzieren sich als erstklassige Fahrradkünstler. E.

Erwerbslose fordern Wirtschaftsbeihilfe

Breslau, 1. März.

Gestern fand eine gutbesuchte Versammlung der Breslauer Erwerbslosen statt, über deren Verlauf wir im politischen Teil berichten. Die Erwerbslosen nahmen u. a. folgende Entschließung einstimmig an:

„Die ungeheure Kälte der letzten Wochen hat große finanzielle Nachteile für die Erwerbslosen gehabt. Die geringe Unterstützung, die gezahlt wird, langt kaum zur Beschaffung des Lebensunterhalts, geschweige denn die Kosten für die Heizung aufzubringen. Die Winterhilfsmaßnahmen der Stadt Breslau sind vollkommen ungenügend, um so mehr, als nur ein geringer Teil der Breslauer Erwerbslosen davon betreut wird. Dies hatte zur Folge, daß eine große Verschuldung der Breslauer Erwerbslosen eingetreten ist.

Die heute versammelten Breslauer Erwerbslosen fordern daher die Zahlung einer außerordentlichen Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von

60 Mark für jeden Hauptunterstützungsempfänger
20 Mark für die Ehefrau
10 Mark für jedes Kind

sowie Gewährung von Kohlen- und Lebensmittelgutscheinen an jeden Erwerbslosen.

Die Breslauer Erwerbslosen begrüßen es, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion sich der Forderungen der Erwerbslosen bereits angenommen hat. Sie erblicken weiter in der Veranstaltung einer Landes-Erwerbslosenkonferenz der schlesischen Erwerbslosen sowie des Reichs-Erwerbslosentages am 6. März ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen und geloben, beide Veranstaltungen nach Kräften zu unterstützen."

Herr Polizeihauptmann, Sie haben das Wort . . .

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Seit meiner vor 1¼ Jahren erfolgten Entlassung aus der Schutzpolizei, welche ich selbst herbeiführte, kämpfe ich um die Zuerkennung der Würdigkeit, um eine Versorgung in den Grenzen des Schutzpolizeibeamten-Gesetzes zu erhalten. Eingesandte Beschwerden an den Minister des Innern sind erfolglos geblieben, meine Bitte um Gewährung einer persönlichen Unterredung ist abschlägig beschieden worden. „Sehr eingehende Untersuchungen" seitens des Ministeriums des Innern ergaben, daß sich meine Beschuldigungen, welche ich gegen Vorgesetzte und Beamte erhob, als „nicht zutreffend" herausgestellt haben und ich einen weiteren Bescheid nicht mehr erhalten werde. Ich wende mich daher an die Oeffentlichkeit, um eine erneute, wirklich objektive Untersuchung herbeizuführen, möglichst unter Mitwirkung des Gerichts und der Staatsanwaltschaft. Ich rechne mit einem Strafantrag gegen meine Person wegen Beleidigung und falscher Anschuldigung, denn das Ministerium hat ja, wie oben erwähnt, meine Beschuldigungen als nicht zutreffend festgestellt, und durch die Veröffentlichung derselben dürften wohl nunmehr alle Tatbestandsmerkmale der in Frage kommenden Paragraphen erfüllt sein.

Ich vermute, daß „unpassende" politische Gesinnung der Grund zu all den kleinlichen Schikanen war. Ich habe es eben nicht fertiggebracht, mich in meiner freien Zeit als Bursche des Herrn Polizeihauptmanns Pulter zu versuchen, ich denke hierbei an die Ausräumung des Dungs aus dem Taubenstall, Besorgung von Tauben zu „Vorzugspreisen", Stiefelputzen, ganz wie „in der guten alten Zeit", Ueberreichung von Erdbeeren, welche in aller Herrgottsfrühe an der Reitbahn im Bürgerwerder gepflückt wurden, ferner Benutzung eines Beamten mit Dienstrad als Ueberbringer einer Sendung von Aepfeln und Schokolade an eine Vertreterin des schwachen Geschlechts, derweil die Frau Hauptmann in Schneidemühl saß und die Angehörigen derselben ein Telegramm des Inhalts „Gattin verschieden" nach hier senden mußten, um zu ermöglichen, daß Herr Pulter auch mal nach seiner Gattin Umschau hielt!

Punkt 1. Haben Sie, Herr Pulter, die dienstlich falsche Meldung an einen Vorgesetzten anläßlich einer Besichtigung, von welcher ich fernbleiben mußte, erstattet, daß ich krank sei oder nicht?

Punkt 2. Haben Sie mich mit Absicht so lange Sprecher des Beamtenausschusses sein lassen, um dann, als ich mich als solcher für die Beamten einsetzte und ich sonst nicht bestraft werden konnte, plötzlich zu erklären, ich sei nicht zu Recht Sprecher desselben? So daß ich also zu einem Verweis kam.

Punkt 3. Entspricht es den Tatsachen, daß Sie, Herr Pulter, zwei Beamte annähernd drei Wochen in Ihrer Privatwohnung als Maler beschäftigt hatten? Eine Beurlaubung hatte nicht stattgefunden. Als aber diese Sache der Oeffentlichkeit bekannt wurde, was taten Sie da? Sie ließen sich diese beiden Beamten kommen, eröffneten denselben, daß sie während der fraglichen Zeit Urlaub gehabt hätten und sandten diesen Bericht an das hiesige Kommando. Gleichzeitig sicherten Sie denselben ihren zuständigen Urlaub für später zu, welchen sie auch erhielten. Es ist dies wohl beispiellos, wie ein Vorgesetzter seine Befugnisse mißbraucht, daß Sie die Beamten bestimmen konnten, wider ihr besseres Wissen Angaben zu machen, welche nicht den Tatsachen entsprachen, und sich diese obendrein noch bescheinigen zu lassen.

Zum Schluß möchte ich bemerken, daß ich im November 1927 nach meiner Entlassung, als ich für die Richtigkeit meiner Behauptungen bei meinen ehemaligen Kollegen Unterschriften sammeln wollte, seitens des Herrn Pulters aus der Unterkunft gewiesen wurde mit der reichlich komisch anmutenden Begründung, ich würde Unterschriften sammeln für eine politische Partei!

Daß ich erst heute an die Oeffentlichkeit trete, hat seine Ursache darin, daß ich bisher gehofft habe, diese unsaubere Wäsche ohne Mitwirkung der Oeffentlichkeit waschen zu können. Der letzte Bescheid des Ministeriums vom 14. Februar 1929 hat mich eines Besseren belehrt."

Wir erwarten, daß die maßgebenden Stellen sich baldigst zu den hier vorgebrachten Beschuldigungen äußern.

Achtung! Genossenschafts-Delegierte

Der bereits angekündigte Kursus findet bestimmt am Sonntag, dem 3. März, in Breslau im Lokal Schneemann, Sadowastraße 8, statt. Beginn pünktlich um 9 Uhr. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein!

Briefkasten. O. K. 12. Volkswirtschaft der UdSSR., Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark, im voraus einzusenden.

An alle Ortsgruppen des RFMB.!

Die Adresse des Gaubüros hat sich wie folgt geändert: Margarete Hahne, Breslau 2, Freiheitsgasse 2, II.

An alle Ortsgruppen der IAH.!

Die neue Adresse des Landesausschusses der IAH. ist von jetzt ab: Breslau 2, Freiheitsgasse 2, II.

Arbeitersport

Jugend-Kreismeisterschaft im Ringen

Freie Sportvereinigung „1897" Breslau — „Eiche" Liegnitz 21:7

Im gutbesetzten Volkshaus zu Liegnitz fand am Sonntag der Endkampf um die Jugend-Kreismeisterschaft im Ringen zwischen den Jugendmannschaft des Sportklubs „Eiche" Liegnitz und der Freien Sportvereinigung „1897" Breslau statt. Beide Vereine bewiesen, daß ihr Nachwuchs gute Schulung im Ringen besitzt, was die guten technischen Kämpfe bewiesen. Den Vorkampf gewann Breslau mit 8:6, um dann den Rückkampf überlegen mit 13:1 für sich zu buchen. Die Resultate der einzelnen Treffen sind wie folgt: Klasse bis 80 Pfund: David (1897) siegt in 3,01 Minute durch Armklemme und in 2,55 Minuten durch Nackenhebel über Heinsch (Liegnitz). Klasse bis 90 Pfund: Pätzold (1897) bucht zwei kampflose Siege. Klasse bis 100 Pfund: der leichtere Busch (1897) unterliegt in 4,29 Minuten dem kräftigen Heinze (Liegnitz), um dann den Rückkampf unentschieden gestalten zu können. Klasse bis 110 Pfund: Koch (1897) erringt zwei Blitzsiege in 24 und 53 Sekunden durch gut wirkenden Hüftzug und Nackenhebel über Stark (Liegnitz). Klasse bis 120 Pfund: den interessantesten Kampf lieferten sich Heibert (1897) und Michael (Liegnitz), den Vorkampf gewann der Liegnitzer in 3,25 Minuten, mußte aber in der Rückrunde durch Ausheber in 3,33 Minuten durch Heibert eine Niederlage hinnehmen. Klasse bis 130 Pfund: Keller (1897) kämpft im ersten Treffen mit Tautz (Liegnitz) unentschieden und siegt dann in 4,29 Minuten durch Hüftzug. Klasse bis 140 Pfund: Weiß (1897) trennt sich im ersten Gange mit Albertin (Liegnitz) unentschieden und siegt in der Rückrunde in 3,45 Minuten durch Halbnelson.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— **Stadtteil Süd.** Freitag 20 Uhr bei Funke, Zobtenstraße 11, Mitgliederversammlung.
— **Stadtteil Ost.** Freitag 20 Uhr im „Weidlichschloß" Mitgliederversammlung. Diskussion über den 6. Weltkongreß. Alles hat zu erscheinen.
— **Stadtteil Nordost.** Freitag 20 Uhr bei Melzig, Uferstraße, Generalmitgliederversammlung. Referent anwesend.
Schweidnitz. Sonntag 9 Uhr Antreten sämtlicher Parteigenossen und RGO.-Kameraden bei Hübel zum zweiten Großwerbetag für die „R.-F."

Kommunistischer Jugendverband

Dittersbach. Alle Genossen erscheinen Sonntag 9 Uhr im Jugendheim.
Waldenburg, Unterbezirksleitung. Sonnabend 17 Uhr Sitzung der engeren UBL. beim Genossen Hermann. — Sonntag 14 Uhr erweiterte UBL. bei Genossen Hermann. Alle Pol-Leiter müssen anwesend sein.

Jung-Spartakus-Bund

An alle JSB.-Ortsgruppen! Die Bezirkskonferenz am 2. und 3. März in Liegnitz fällt aus und findet am 31. März und 1. April bestimmt in Liegnitz statt.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— **Abt. 2.** Unterkassierer bis Sonnabend, den 2. März, abrechnen beim Hauptkassierer, Lehmdamm 70.
— **Abt. 4.** Sonntag 10 Uhr im „Anglerheim". Sämtliche Zug- sowie Gruppenkassierer abrechnen. Einzahlungen zur Hamburgfahrt werden entgegen genommen.
Handsfeld-Schottwitz. Der für Sonnabend einberufene Kameradschaftsabend der Ortsgruppe Handsfeld-Schottwitz fällt wegen Organisationsgründen aus.
Waldenburg. Freitag 19 Uhr im „Goldenen Stern", Gottesberger Straße, Kameradschaftsabend.
Brieg. Freitag 20 Uhr im „Weinberg" Kameradschaftsabend.
Untergau Görlitz. Der Wochenendkursus findet am Sonnabend und Sonntag in Görlitz in der „Union", Langenstraße 42, statt.
Altwasser. Freitag 19,30 Uhr im „Eisernen Kreuz" Kameradschaftsabend.

Rote Jungfront

Breslau
— **Abt. Lenin.** Freitag 21 Uhr im „Anglerheim", Leuthenstraße.

Sonstige Organisationen

Breslau
— **Rote Hilfe Nordost.** Freitag 19 Uhr Funktionärsitzung bei Melzig, Uferstraße.
Görlitz. Rote Hilfe. Freitag Funktionärversammlung in der „Union", Langenstraße.

Waldenburger Bergland

Korruption im Gemeindebauamt Dittersbach

Wenn man einem Beamten in gehobener Stellung unbeschränktes Vertrauen schenkt

Wir berichteten bereits andeutungsweise über die Korruptionsaffäre in Dittersbach. Nachdem diese schon Tagesgespräch geworden war, bequemte man sich endlich dazu, der Oeffentlichkeit durch eine Gemeindevertretersitzung Näheres zu berichten. Dazu wählte man den Tiefbau-Saal (angeblich wegen Defekt der Gasheizung), welcher auch gerade ausreichte, um die Zuhörer zu fassen. Im ersten Tagesordnungspunkt wurde die Genossin Scholz an Stelle des verunglückten Genossen Scholz als Gemeindeverordnete eingeführt. Beschlossen wurde, den Punkt „Vorgänge auf dem Bauamt" zuletzt zu behandeln. Die übrigen Punkte wurden schnell erledigt. Lediglich über die Anschaffung eines Schneepfluges führte man einen Eiertanz auf, trotzdem die Anschaffung einstimmig beschlossen wurde.

Aus dem Bericht des Gemeindehauptes zu den Schiebungen des Baumeisters Dehmel sei folgendes hervorgehoben:

Bauführer Goebel machte die Mitteilung, daß einiges faul sei im Gemeindebauamt, und zwar liege eine offensichtliche Begünstigung des Spediteurs Ruhnke bei Vergebung von Gemeindefuhren vor, die darauf zurückzuführen sei, daß Ruhnke der Schwiegervater des Leiters des Bauamtes, Baumeisters Dehmel, ist. Der Stein, von Goebel ins Rollen gebracht, hat aber Goebel selbst mit in die Tiefe gerissen. Ihm wird Untreue nachgesagt, und zwar soll er versucht haben, bei dem Bauunternehmer Paul eine Summe Geldes zu erhalten, die dieser auf eine Rechnung zuschlagen sollte. Paul soll erst zugesagt, dann aber Meldung erstattet haben. Wie raffiniert Dehmel seinem Schwiegervater Aufträge zuschanzte, zeigen einige Beispiele. Er ließ bei der Ausschreibung von Fuhren einige Positionen belegen, von denen er wußte, daß diese nicht auszuführen waren. Zum Beispiel sollte bei einem Neubau eine Menge Erde weggeschafft werden. Dabei stand aber vorher fest, daß noch Boden hingefahren werden muß. Ruhnke wußte dies und stellte daher diesen Posten spottbillig auf dem Subskriptionsangebot ein. Dafür machte er bei den anderen Positionen höhere Preise, blieb aber im Durchschnitt billiger und erhielt den Zuschlag. So war es mit Eisen, Zementröhren usw., die alle aufgeführt waren, von den Unternehmern aber selbst frei Baustelle geliefert wurden. Allgemeine Heiterkeit rief die Mitteilung hervor, daß in einer Ausschreibung für die Pflasterung eines Hofes die Abfuhr von neun Waggons Pflastersteinen vorgesehen war. Ruhnke machte ein spottbilliges Angebot, erhielt es und — fuhr keine Steine oder wenig an. Aber gezahlt wird prompt. Ueber diesen offensichtlichen Submissionsschwindel regten sich die anderen kleinen Fuhrunternehmer auf, was ja auch zu einer Anfrage der kommunistischen Fraktion führte. Man versprach zu untersuchen, fand aber nichts! Rechnungen wurden geprüft und bezahlt, weil ja Dehmel nach Aussage Roeßlers „unbeschränktes Vertrauen" besaß. Dafür war er ja auf Roeßlers besondere Fürsprache hin, der betonte, daß D. ein besonders „hochqualifizierter" Beamter sei, in die Gruppe X balanciert, gegen die Stimmen der Kommunisten. Die besondere Qualifikation bewies Dehmel wahrscheinlich durch sein verpfuschtes Laisebachüberbrückungsprojekt, das bekanntlich zu einer Ueberteuerung von 600 000 Mark führte und einen Pressefeldzug auf der Eselswiese des Dittersbacher Wurstblättels durch Berginspektor Päsler einerseits und in der „Dreckwacht" durch Roeßler andererseits auslöste. Nun kommt eine weitere Ueberteuerung von vorläufig 39 000 Mark hinzu, die aber Dehmel versteckt, ja sogar auf andere Konten gezogen hatte. Das hatte zur Folge, daß die Mieten in den Neubauten erhöht wurden und die armen Teufels von Mietern für die „Taubenschläge" höhere Mieten zahlen mußten, um das Laisebachdefizit herauszuwirtschaften. Das alles konnte passieren, ohne festgestellt zu werden! Dies wirft wirklich ein eigenartiges Licht auf die „mustergültige" Gemeindeverwaltung, wie sie von Roeßler selbstgefällig genannt wird. Er entschuldigt sich immer wieder mit dem auf Dehmel gesetzten Vertrauen und seinen nur Laienkenntnissen auf baulichem Gebiet!

Wir fragen: Gab es nicht auch noch Baufachleute und engere Freunde Roeßlers, die doch diesen Schwindel merken mußten? Wann gedenkt man die unberechtigten Mietenerhöhungen rückgängig zu machen?

Die Theaterdonner-Rede des Zentrumsabgeordneten Lenge ändert nichts daran. Er will mit seinen Freunden des bürgerlichen Mischmaschs daraus Kapital schlagen für die nächste Wahl. Haben er und die anderen positive Vorschläge gemacht? Nein!

Die KPD.-Fraktion hat bereits vor Jahresfrist Aufklärung und Untersuchung verlangt! Sie fordert schärfste Kontrolle und Rechenschaft!

Die Dittersbacher Bürger haben das zweifelhafte Vergnügen, einem korrupten Beamten mehr das halbe Gehalt vorläufig weiterzuzahlen und einen neuen Beamten zu besolden. Wann wird dieses verfaulte System gestürzt und mit denen Schluß gemacht werden, die den Staat so lange besahen, wie sie sich die Taschen füllen können? Es wird an den Arbeitern und Werktätigen liegen, so zu arbeiten, daß Schluß gemacht wird mit dem Parasitenherd!

Nieder-Salzbrunn. Vom Mieterschutzverein. Da die Wohnungskommission nicht mehr zu Recht bestand, wurden in einer außerordentlichen Mieterschutzversammlung am 26. Februar neue Kommissionsmitglieder gewählt. Für zwei ausscheidende fanden Neuwahlen statt. Dann wurde ein Delegierter zur Bezirkskonferenz bestimmt. Wie schon so oft, wurde in der Aussprache die „Straßenmühle" erwähnt. Dies ist ein Kapitel für sich. War das Gebäude bisher schon nicht allzu fest, so hat es durch den Einbau einer Tanzdiele dermaßen gelitten, daß der jetzige Zustand an Baufälligkeit grenzt. Dem schon an sich nicht angenehmen Wohnen in den zum Teil gestützten Räumen paßt sich in „würdiger" Weise das Benehmen des Hausbesitzers den Mietern gegenüber an, worüber besonders Klage geführt wurde. Wegen dieser nicht mehr haltbaren Zustände sollen alle zuständigen Behörden in Anspruch genommen werden.

Dittersbach. Jungarbeiter und -arbeiterinnen, erscheint alle zu der am Sonntag, dem 3. März, vormittags 9 Uhr stattfindenden Jugendversammlung im Jugendheim Dittersbach. Ein Genosse spricht über „Zweck und Ziel des KJVD."

Landeshut

Liebau. Auch ein Hausbesitzer. Auf Grund des in unserer Zeitung in Nr. 42 erschienenen Artikels ist tatsächlich ein Hausbesitzer borstig geworden, und das hat ihn so angegriffen, daß er eine Warnung im Liebauer Wochenblatt loslassen mußte, in welcher er besonders gegen seine Mieter loswettert. Nun ja, wir haben Verständnis und sehen ein, daß es ärgerlich ist, wenn man sich zum Hausbesitzer emporgearbeitet hat und nur einen Monat die Mieten einziehen durfte. Die strengen Maßnahmen, die den betreffenden Mietern angedroht wurden, können sich eben leider nicht auswirken, da die ganze Hausbesitzerei nur noch einen knappen Monat dauert. Wir haben in dem fraglichen Artikel keinen Namen genannt, aber es ist doch so, wenn man einem Hunde auf den Schwanz tritt, dann quietscht er. Und so ging es auch dem Herrn Smilowski, welcher der Ansicht sein muß, daß der fragliche Artikel auf ihn paßt. Seine Ansicht ist aber nicht unsere Ansicht. Wir kennen den Herrn sowie die Frau Smielowski nur als gute christliche Patrioten, denen es nie einfallen würde, jemanden zu denunzieren, der gestohlene Kohlen feuert oder Kartoffeln auf irgendeinem Ackerstück erntet, die einem anderen gehören. Wir würden es auch Herrn Smilowski oder dessen Frau nicht zumuten, daß er mit einer Dirne Schlittenpartien macht usw. Jedenfalls haben die Smilowskis alle guten Tugenden an sich und triefen nur so von Nächstenliebe. Wie überall, so sind auch im Hause Kirchplatz 3 sämtliche Zapfstellen bis auf die, welche bei Smilowski in der Küche ist, eingefroren. Auftauen hat ja bei so einer Kälte keinen Zweck. Die Gleichgesinnten bekommen das Wasser vom Herrn in die Stube getragen, während die andern Mieter außerhalb nach Wasser gehen müssen. Waschen die Mieter nicht regelmäßig Fluren und Treppen, gibt's Krach. Den Hofraum könnte man für eine Besichtigung empfehlen. Wer gern auf dem Eise läuft, hat es in diesem Hause billig. Wer aber etwas taprig ist, für den ist auch gesorgt, indem die Müllgrube überhäuft ist. Wer seine Notdurft verrichten will, geht entweder ins Freie oder zu einem Bekannten, natürlich nur die Mieter, da der Herr einen eigenen Abort für sich beansprucht und sieben Mieter gehen eben auswärts. Das wären so kurz einige Mängel, aber wir wollen darüber nicht kritisieren. Man kann natürlich nicht überall sein, im Laden warten die Kunden und draußen die Arbeit. Im allgemeinen haben die Smilowskis, wie schon erwähnt, nur Gutes an sich, was sie erst am Sonnabend erneut bewiesen haben, indem sie eine Dame in Logis genommen haben, die ein Mieter, bei welchem sie vorher als sogenannte Wirtschafterin tätig war, und wegen der die Polizei des öfteren alarmiert werden mußte, aus bestimmten Gründen zum Teufel gejagt hatte. Wir kritisieren auch diesen Fall nicht, denn Herr Smilowski wird am besten wissen, warum er das tut.

Für heute soll es genug sein. Wenn es sich notwendig machen sollte, gehen wir in weiteren Artikeln auf einzelne Sachen ein.

Unregelmäßigkeiten in Charlottenbrunn

SPD.-Vorsitzender der Wohlfahrtskommission legt sein Amt nieder. — Was macht der Bademeister Oesler?

Ueber die letzte Gemeindevertretersitzung in Charlottenbrunn, in der verschiedene für die Sozialdemokratie nicht gerade angenehme Dinge zur Sprache kamen, geht uns folgender Bericht zu:

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit 18 Tagesordnungspunkten. Sie war stark von bürgerlichen Zuhörern besucht. Die Etatsnachbewilligung von 715 Mark an den katholischen Schulverband wurde zurückgestellt, der Kassenrendant (ein Lehrer) soll erst Aufschluß geben, wofür die Mehrausgaben entstanden sind. Im Jahre 1927 waren 5000 Mark im Etat eingestellt, und sämtliche Schulbücher dafür angeschafft worden. Im Jahre 1928 sind 6200 Mark im Etat eingesetzt gewesen und dafür nur Schreib- und Zeichenhefte von der Schule geliefert. Für Verbesserung der Straßenbeleuchtung wurden die Mittel bewilligt; es kommen fünf Lampen in Betracht. Infolge Senkung der Kreissteuern sollen 25 Prozent der Gewerbesteuer und 25 Prozent der Grundvermögenssteuer zurückgezahlt werden. Für die Mieter kommen Beträge von 0,40 bis 1,60 Mark in Frage. Eine große Hilfsmaßnahme von Hindenburg und Severing, Heil den Rettern! Dem Antrage des Ziegenbockhalters auf Gewährung von 40 Mark Futterkosten wurde nach langem Hin und Her zugestimmt. Kenntnis genommen wurde von der ablehnenden Haltung der Reichsbahn in der Frage der Sicherung des Bahnüberganges am Karlshain. Darüber soll noch weiter verhandelt werden. Es handelt sich hier nur um Anschaffung einer Lampe. Zur Verbindung des Postautoverkehrs zwischen Waldenburg, Dittmannsdorf, Reußendorf, Charlottenbrunn soll die Gemeinde jährlich einen Betrag von 80—100 Mark als Verzinsung des Kapitals zum Autoschuppenbau zahlen. Dem wurde zugestimmt.

In der letzten Sitzung verlangte der SPD.-Vertreter Bademeister Oesler, daß der Wohlfahrtsausschuß neu gewählt werden soll, da der alte Ausschuß die „Berliner Sachen" nicht pflichtgemäß verteilt habe. Es sollen sich Mitglieder

eigenmächtig Sachen angeeignet haben.

Es wurde eine Kommission gewählt, die alles untersuchen sollte. Die Kommission berichtete und stellte den Antrag, weil die Anschuldigung auf Unwahrheit beruht, die alte Kommission wieder zu wählen, was auch geschah.

Inzwischen hören wir, daß der Vorsitzende der Wohlfahrtskommission SPD.-Schöffe Fabrikaufseher

Oesler, sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat.

Unter Verschiedenes stellte unser Genosse Mose die Frage an den Badeausschuß, wie weit die Nachricht auf Wahrheit beruht, daß der Bademeister Oesler 25—30 Mark monatlich für Wäsche waschen bekommt. In die Enge getrieben, mußte dieser SPD.-Bademeister Oesler zugeben, daß es in seinem Vertrage steht, daß er für die Wäsche der Fangopackungen 30 Mark monatlich bekommt. Darüber, wo er sie waschen läßt, konnte er keine Auskunft geben. Mose stellte fest, daß die Wäsche während der Arbeitszeit von der Frau Werner im Badehause gewaschen wird. Der Badeausschuß will erst eine gründliche Untersuchung vornehmen, ehe er dazu Stellung nimmt.

An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime Sitzung an.

Erwerbslose und Betriebstätige!

Noch immer steigert sich die Zahl der Erwerbslosen. / Neue Stillegungen von Betrieben erfolgen täglich. / Die Erwerbslosen hungern und frieren. / Die Koalitionsregierung unternimmt nichts, um die Not zu lindern. / Wissell führt den Reichstagsbeschluß nicht durch. / Der Kampf um Arbeit, Brot muß verschärft werden.

Rüstet zum Reichs-Erwerbslosentag am 6. März!

Niederschlesien

Görlitz

Heute

ist im Restaurant zum „Felsenkeller" der antireligiöse satirische Abend der Kommunistischen Jugend! Einlaßkarten sind noch in der Geschäftsstelle, Lunitz 6, sowie bei den Jugendmitgliedern zu haben. Kein Jungarbeiter fehle!

Das vaterländische Reichsbanner

Das Reichsbanner in Görlitz hatte am vergangenen Sonnabend seinen „großen Tag": Gründungsfeier in der Stadthalle. Die „Volkszeitung" muß sich leider durch ihre Koalitionsbrüder im „Neuen Görlitzer" (der sozusagen das „Gold" — von wegen der Moneten — darstellt, während die Zentrumspfaffen sinngemäß das „Schwarz" und die Klopffechter von der SPD. das „Rot" bzw. „Rosa" repräsentieren) bei der Wiedergabe der Rede des Bundesjugendleiters eine kleine Korrektur gefallen lassen. Das ist für die begeisterten Artikelschreiber auf der Luisenstraße deshalb äußerst bedauerlich, weil dadurch wieder einige Illusionen zerstört werden, die sie krampfhaft den irregeführten Reichsbanner-Arbeitern vorgaukeln wollen.

Lassen wir einmal den „Neuen Görlitzer", einen gewiß unbefangenen Zeugen für die Luisenstraße, sprechen: Der Bundesjugendleiter des Reichsbanners führte danach aus, daß „nicht Beschimpfung und Haß den ehemaligen Kaiser und die Fürsten verfolgen sollen" — warum denn auch, die SPD. und ihre Minister haben ja schon recht gut dafür gesorgt, daß diese Gesellschaft ein „bescheidenes" Dasein fristen kann. Milliarden für die davongejagten Fürsten — Gummiknüppel für die Arbeitslosen, so wollen es Geldsack, Plutokratentum und „Rotgarde" in dieser „freiesten aller Republiken". Doch weiter: „Die Worte vaterländisch und national sind eine Selbstverständlichkeit für die Männer im Reichsbanner. Sie helfen dem Vaterland, wo es auch immer ist..." Dazu kann man nur feststellen, daß Herr Pape hier einmal wider Erwarten seinen Zuhörern keinen Pappe ums Maul geschmiert hat, sondern die Katze so aus dem Sack gelassen hat, daß die Demagogen in der „Volkszeitungs"-Redaktion es vorgezogen haben, dieses hübsche Zitat ihren Lesern bescheidenerweise zu unterschlagen. Die übrigen Ausführungen des Herrn Pape entsprachen vollkommen den eben zitierten Kostproben und bejagten nichts Neues. Es ist ja allgemein bekannt, daß, wie es auch Pape wieder betonte, die Männer des Reichsbanners (lies Hörsing und Konsorten) sich mit dem „Stahlhelm" im edlen Wettstreit befinden, wer die „Vaterlandsliebe" von ihnen in Erbpacht genommen hat. Ueber die „Rollkommandos", die gegen rebellierende Proleten eingesetzt werden, schwieg sich Herr Pape natürlich aus. Aus ruhmgeschwellter Brust schwingen in der „Volkszeitung" Fanfarentöne über den guten Besuch, welchen die Stadthalle am Sonnabend aufzuweisen hatte. Das stimmt! Zu Hunderten waren sie gekommen, die wohlbestallten Würdenträger der SPD., die gutgenährten Pfefferfäcke und demokratischen Großverdiener! Aber Proleten? Die waren sehr spärlich gesät. Wieviel Proleten noch hinter der republikanischen Trikolore herlaufen, das sah man sehr genau am Sonntag. Der Aufmarsch des Reichsbanners am Reichstrauertag war eine „wuchtige" Demonstration für die Anhänglichkeit des Proletariats an diese Republik: Zweihundertundzehn Mann einschließlich Fahnen und Führern, und dazu die Kapelle! Armer Nehls, noch so ein Jährchen, dann ist's geschafft, dann seid ihr glücklich unter euch! Dazu: „Frei Heil!"

Reichs-Unsinn-Woche in Görlitz

Wo alles liest, darf Hans nicht hassen, nee, und wo überall „Nuwo" gespielt wird, warum sollte die schöne, so „sozial" denkende Stadt Görlitz nicht auch von der Partie sein? In dieser Woche sollen Gewerkschaftsangestellte, Ingenieure, Wohlfahrtsamtsdirektoren usw. losgelassen werden, um dem staunenden Volke zu sagen, wie man Unfälle verhütet. Gestern abend war ich auch mal in die Annenkapelle gegangen, um mir von Herrn „Thrun im Tran" einen Vortrag über Schutzvorrichtungen an Metallbearbeitungsmaschinen halten zu lassen. Ja, Walterchen hatte was weg, da wurde viel von „Leichtsinn der Arbeiter" gesprochen, die besser aufpassen müßten usw. Lichtbilder wurden gezeigt, wie man alles im Interesse der Arbeiter tue, ja, ein Film zeigte, wie Arbeiter, durch eigenes Verschulden natürlich, zu Krüppeln wurden. Also üble Machinationen, um die Auswirkungen der Rationalisierung und des Antreibersystems zu vertuschen und den Arbeitern die Schuld an den Unglücksfällen in die Schuhe zu schieben. Eine stattliche Anzahl ausgedienter Jugendlicher war während der Rede fest eingeschlafen. Niemand war so recht befriedigt vom „Nuwo"-Theater.

E. J.

Sagan

Wir hatten als Erwerbslosenausschuß Gelegenheit, bei Verhandlungen zu erfahren, wie gehässig die Auch-Arbeitervertreter sind und mit welchen Karten sie spielen. Da wollte ein Textilarbeitersekretär Rieger, Mitglied des Spruchausschusses, verhindern, daß der Arbeitsnachweis mit dem Erwerbslosenausschuß verhandelt. Ja, Kollegen, wir können uns den gehässigen Mann vorstellen. Sein Motto ist: Vernichtung der Kommunisten, Beseitigung des Erwerbslosenausschusses usw. Aber, lieber Freund, das wird dir nicht gelingen. Der Ausschuß arbeitet mit Energie im Interesse der Bedrückten. Diese Leutchen dagegen haben es nicht einmal fertig bekommen, seit Mitte Dezember bis heute eine Erwerbslosenversammlung anzuberaumen. Wir kennen den Grund sehr gut.

Lauban

Man will den Erwerbslosenausschuß sprengen

Erwerbslose, man hat versucht, euren Erwerbslosenausschuß auseinanderzutreiben, indem man drei Ausschußmitglieder zur Arbeit vermittelte. Wir machen euch darauf aufmerksam, daß durch Wahl in der letzten Versammlung der Ausschuß bereits wieder auf vier Mann ergänzt worden ist und daß sich die in Arbeit getretenen Kollegen bereit erklärt haben, ihre Kräfte weiter zur Verfügung zu stellen. Die Auskunftsstunden finden also, trotz der versuchten Sprengung, jeden Donnerstag wie bisher statt. In den umliegenden Dörfern sind zum größten Teil auch Erwerbslosenausschüsse gebildet worden, und zwar in Geibsdorf, Langenöls, Greiffenberg, Schosdorf usw. Diese werden zu einem Kreis-Erwerbslosenausschuß zusammengefaßt, so daß auch den Erwerbslosen auf dem Lande zu ihrem Recht verholfen werden kann. In den übrigen Ortschaften, wo noch kein Ausschuß besteht, muß sofort einer gebildet und dem Kreis-Erwerbslosenausschuß von Lauban angegliedert werden.

Liegnitz

Werbetag für die „Arbeiter-Zeitung"

Sonntag, den 3. März, zweiter Werbetag für die „Arbeiter-Zeitung". Die Stadtteilleiter werden Anweisung geben. Das Resultat der geworbenen Abonnenten vom letzten Sonntag muß verdoppelt werden!

Freitag abend, ½8 Uhr, „Preußischer Hof", Leitungssitzung aller Organisationen zur Festlegung des Monatsplanes für März.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch heute

Pat u. Patachon als Gumminastiklehrer

Ferner

lacht alles über **Buster Keaton** in

Der General

Arbeiter-Sportkartell E.V.

Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Wir veröffentlichen mehrere Zuschriften aus schlesischen Betrieben, die übereinstimmend zeigen, wie schädigend sich die Tätigkeit der reformistischen Betriebsräte auswirkt. Deshalb: Wählt überall revolutionäre Betriebsräte! D. Red.

„RFB.-Kamerad nicht wählbar"

Eine „feine" Betriebsvertretung (Arbeiterrat) hat ihr Ehrenamt in Brieg bei der Firma F. W. Moll A.-G. Sie duldet, daß bei dem gegenwärtigen schlechten Arbeitsmarkt zwölf Stunden täglich von einzelnen Gruppen gearbeitet wird. Das schönste dabei ist, daß die Arbeiter nur zehn Stunden bezahlt bekommen und nicht einmal den gesetzlichen Zuschlag für geleistete Mehrarbeit. Solche Zustände spotten jeder Beschreibung. Am 19. Februar wurden Bewerbungen für die Vorschlagslisten 1929 entgegengenommen. Da sich die Kollegen auf eine gemeinsame Liste einigen, ist es nach dem Gesetz als eine Wahl ohne Stimmabgabe zu betrachten, und nach § 8 der Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz gelten die in ihr gültig verzeichneten Bewerber in der Reihenfolge der Liste als gewählt. Als Bewerber für die Liste wurde auch unser RFB.-Kamerad, der Unfall-Schwerbeschädigte Erich Wrona-Brieg, gewählt. Als die Betriebsvertretung davon hörte, wurde sie natürlich sehr empört, und sofort hörte man den Zuruf: „Nicht wählbar, weil keine drei Jahre dem Gewerbe oder dem Berufszweig angehörig!" Dem wurde jedoch widersprochen, da nach dem § 21 Abs. 4 des Betriebsrätegesetzes bei Schwerbeschädigten, die infolge ihrer Beschädigung einen neuen Beruf haben ergreifen müssen, von den Erfordernissen der dreijährigen Berufs- und Gewerbeangehörigkeit abzusehen ist. Die Betriebsvertretung kennt diesen wichtigen Paragraphen nicht, denn sie äußerte sich dazu, der Gauleiter Th. Beck wird erst mal nachsehen, denn auch er wußte es nicht; es wurde später die Erklärung abgegeben, Kamerad Erich Wrona ist nicht wählbar, da erst sechs bis acht Monate im Betrieb beschäftigt. Die Vorschlagsliste konnte noch nicht angefochten werden, da noch kein Wahlausschreiben bekanntgemacht war, doch ist das Brieger Arbeitsgericht davon in Kenntnis gesetzt worden. Jeder Arbeiter sollte grundsätzlich nur solche Mitglieder in den Betriebsrat bzw. Arbeiterrat wählen, welche die Fähigkeiten dazu besitzen, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

Marke 1a auf der Friedenshoffnung-grube

Die Betriebsräte haben wohl Interesse für die Ruwo, nicht aber für die Belegschaftsversammlungen. Dieser Annahme kann man sein, wenn man in den letzten Wochen die Bekanntmachungen der Betriebsräte beobachtete. Die Einladung zur Belegschaftsversammlung war ein kleiner, mit Schreibmaschine geschriebener Zettel, der unter den anderen nicht sehr auffiel. Früher wurden diese Bekanntmachungen an der großen Tafel angebracht, dieses Jahr fürchtete man wohl die Abrechnung der Belegschaft für die verräterische Tätigkeit, die man im Laufe des Jahres zum Schaden der Belegschaft ausgeübt hatte. Anläßlich der Ruwo finden diese Woche für unseren Betrieb Filmvorträge statt. Dafür läßt der Betriebsrat bessere Einladungen anfertigen, als zu der Belegschaftsversammlung. Dazu hat man Zeit, und es ist auch nichts zu befürchten, nicht wahr, mein lieber Wolf? Wenn der Steiger dem Kumpel das letzte Gezähe

nehmen wollte, so flüsterte Wolf bloß im Weggehen: „Fangt nur morgen noch einmal mit ihm an, er wird euch es schon geben", anstatt sofort vom Steiger die Ersetzung zu fordern.

Wir haben auf unserem Werk überhaupt doch wirklich

„Musterbetriebsräte, Marke 1a".

Der Betriebsrat läßt sich die Zeit, die er in den Revierkonferenzen zubringt, gut bezahlen, — vom Verband und von der Unterstützung, so daß er für eine Revierkonferenzstunde „bloß" 1,20 Mark und das Fahrgeld extra erhält. Als es stinkig wurde, dieser Schwindel der Belegschaft bekannt wurde und es ihm vom Betriebsratsvorsitzenden untersagt wurde, hob er sich trotzdem das Geld nochmals ab. Als er merkte, daß ihm heiß unter den Füßen wurde, trug er es zum Kassierer zurück. Er ist auch sonst nicht bescheiden. Er läßt sich für zwei Versammlungen, die im Jahre einberufen werden, 50 Mark zahlen.

Unter diesen „Musterräten" gibt es noch mehr solcher „edeldenkender" Menschen, doch für heute genug. Zur Illustrierung sei nur gesagt, daß diese „Freunde" der Bezirksleitung des BAV. bekannt sind, sie aber von ihr gehalten werden, weil, na weil sie eben gute Sozialdemokraten sind.

Ruwo verlängert die Schicht

Ein Kumpel von der Bergfreiheitsgrube schreibt uns: Am 26. Februar wurde, wie überall, auch der Belegschaft unserer Hungerzeche etwas über Unfallverhütung vorgequasselt. Herrlich hat sich dabei der Betriebsratsobmann Fritz Hinke gezeigt. Natürlich SPDist. Vereint mit der Betriebsverwaltung wurde den armen Kumpels ganz einfach die Schicht um 20 Minuten verlängert. Hör mal, du oller Fritz, wenn du uns schon etwas vorlabern lassen willst, dann bitte aber während der Arbeitszeit, oder aber mache Sonntags einen Vortrag. Meiner Meinung nach können Unfälle verhütet werden durch folgende Maßnahmen:

1. Beseitigung dieses elenden Gedingesystems.
2. Ausreichenden Lohn und
3. Wenn ihr vom Betriebsrat die Grube befahrt, die Augen auf, seht euch um im Betrieb. Oder ist das nicht gesundheitsschädlich, wenn auf den Sohlen 276 und 204 ein Gestank vom Kübel ausgeht, daß einem das Kotzen kommt, wenn man vorbeigeht. Fritz, du gehst doch auch alle Schichten zweimal an dieser herrlichen Parfümfabrik vorüber. Beseht euch die Fassungen! Sind sie alle vorschriftsmäßig? Bestimmt nicht; aber da kann ein treudeutscher SPDist, wie du es bist, natürlich nichts machen. Da müßtest du gegen die Verwaltung vorgehen, und das hieße gegen das Kapital.

Kumpels, die Augen und Ohren auf. Es kommen die Betriebsrätewahlen! Lest die „Arbeiter-Zeitung", dann werdet auch ihr zur Erkenntnis kommen, wer euch mit Haut und Haaren verrät!

Die Gewerkschaftsbonzen verhandeln wegen Ueberschichten —

und auf der Glückhilf-Friedenshoffnunggrube müssen die Kumpels wegen Arbeitsmangels feiern!

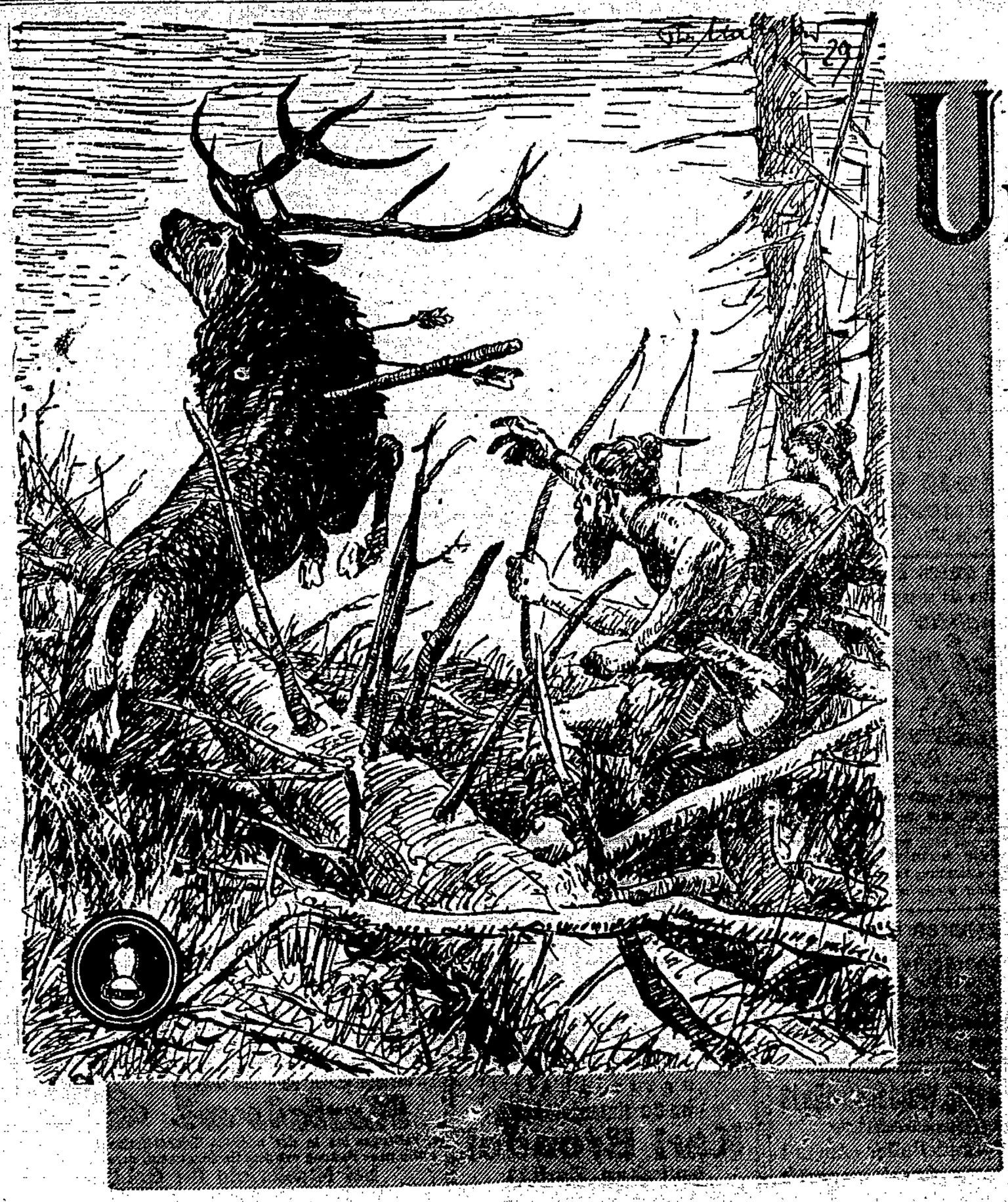
Schneller als wie sonst irgendwo zeigt sich der Verrat der Reformisten auf unserem Werke, wo die „Musterbetriebsräte" der Waldenburger Reformisten, die unbedingten Kopfnicker, sitzen. Bekanntlich verhandelten in der vorigen Woche die Gewerkschaften mit dem Bergbaulichen Verein wegen Leistung von Ueberschichten. Die Verhandlungen sind nur deshalb gescheitert, weil die Unternehmer die vollen Prozente nicht zahlen wollten. Ueberall (man soll eine bürgerliche oder sozialdemokratische Presse in die Hand nehmen) wird in groß aufgemachten Artikeln über die Kohlennot der Städte geschrieben. Daß dem nicht so ist, zeigt folgender Anschlag der dritten Betriebsabteilung, die lautet:

Die Belegschaft der 27. Abt. muß Montag, den 25. Februar, wegen Arbeitsmangel feiern. gez. Tibe.

So, da hast du den Salat, lieber Kumpel! Deine „ehrlichen Vertreter" verhandeln wegen Ueberschichten, und deine Kameraden müssen wegen Arbeitsmangel feiern.

Die Unzufriedenheit mit den reformistischen Führern ist so groß, daß die Kumpels völlig passiv werden. In den beiden Belegschaftsversammlungen waren von 5000 Mann Belegschaft nur 73 Kollegen anwesend.

Kollegen, Passivität ist jetzt weniger denn je angebracht. Gerade weil der reformistische Verrat so groß ist, müßt ihr in die Versammlungen kommen und dort die Vorschläge der Opposition unterstützen



Unser die Heimat!

Jagen war die Leidenschaft der Germanen in Schlesien. Wenn die Morgenröte Flur und Urwald überstrahlte, trabten germanische Jäger waldein, den sumpfigen Suhlen entgegen, wo an heißen Tagen die Hirsche lagerten. Bogen wurden gespannt, Pfeile schwirrten und die Eisenspitze schlug wuchtig in das Fell der Tiere. Aufgescheucht und gehetzt stürzten die Hirsche in einen Wall von Speeren und wurden erlegt. — Germanische Töpfer ritzten in Tongefäße Striche und Punkte und lieferten uns so Bilder von den Jagdzügen der Germanen in Schlesien.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiers!

o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 2. 3. bis Sonnabend, den 9. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Karl und Anna
Schauspiel v. Leonh. Frank
Sonntag, den 3. 3.
15.30 Uhr
Olympia
Spiel von Franz Molnar

Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 2. 3. bis Sonnabend, den 9. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Schwengel
Komödie von Peter Bud
Sonntag, den 3. 3.
15.30 Uhr
Revolte im Erziehungshaus
Schauspiel v. P. M. Lampel
Dienstag, 5. 3., 15.30 Uhr
Nathan der Weise

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 86300

Sonnabend, Sonntag u. Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel **EDITH KARIN**

Eine Nacht in Kairo

10 Volkstümliche Vorstellungen
(Parkett 2.50 Mk. usw.)

Freitag, den 1. März, 20 Uhr
Zum **145.** Male:
Gräfin Mariza

Sonntag, den 3. März, 15½ Uhr
(nachm. 3½ Uhr:)
Das Dreimäderlhaus

Montag, den 4. März, 20 Uhr:
Die Zirkusprinzessin

Mittwoch, den 6. März, 20 Uhr:
Der Zarewitsch

Freitag, den 8. März, 20 Uhr:
Die Herzogin von Chicago

Sonntag, den 10. März, 15½ Uhr
(nachm. 3½ Uhr:)
Die Försterchristel

Montag, den 11. März, 20 Uhr:
Das Dreimäderlhaus

Mittwoch, den 13. März, 20 Uhr:
Die Zirkusprinzessin

Freitag, den 15. März, 20 Uhr:
Gräfin Mariza

Sonntag, den 17. März, 15½ Uhr
(nachm. 3½ Uhr:)
Der Zarewitsch

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 13
Fidelio

Sonnabend, 20 Uhr
Die schöne Helena

Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellg. zu ermäß. Preis. (Gr. 2
Der Barbier von Sevilla

Sonntag, 19.30 Uhr
Tannhäuser
und der **Sängerkrieg auf Wartburg**

Amtliche Bekanntmachung von Breslau

Im März 1929 sind an die Städtischen Steuerkassen zu entrichten:

1. **Bis zum 6. März**
   a) **Schulgeld** für März 1929, in bisheriger Höhe
2. **Bis zum 15. März**
   a) **Staatliche Grundvermögensteuer** für März 1929 in bisheriger Höhe, für alle Grundstücke, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen
   b) **Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer** mit 3.0 v. H. des Monatsjuges der staatlichen Steuer, und zwar:
      1. der erhöhte Gemeindezuschlag für März 1929 mit 285 v. H., und
      2. das letzte Drittel der Nachzahlung für April bis Dezember 1928 infolge Erhöhung dieses Zuschlages von 250 v. H. auf 285 v. H. $\frac{(9 \cdot 35 \text{ v. H.})}{3} = 105$ v. H.
   c) **Hauszinssteuer** für März 1929 in bisheriger Höhe
   d) **Kanal- und Müllabfuhrgebühren** für März 1929 in bisheriger Höhe.

Bei verspäteter Zahlung sind die gesetzlichen Verzugszinsen (10 v. H.) zu entrichten. Im Falle der Mahnung und der Zwangsvollstreckung treten hierzu noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Gebühren.

Breslau, den 1. März 1929
Städtische Hauptsteuerkasse.

Hüte und Mützen
Herren-Artikel
kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

Das Geld ist knapp
Bei mir erhalten Sie gegen bequeme
Teilzahlung
reell und preiswert

Damenmäntel	2.—
Kleider	2.—
Kostüme	2.—
Röcke	1.—
Blusen	1.—
Herrenanzüge	3.—
Sportanzüge	3.—
Hosen	2.—
Herrenmäntel	3.—
Konfirm.-Anzüge	2.—
Luxusschuhe	2.—
Arbeitsschuhe	2.—
Bettstellen, eis.	
f. Kind. u. f. Erw.	2.—
Matratzen	2.—
Federn	1.—
Bettbezüge	1.—
Bettlaken	1.—
Leinwäsche für Damen u. Herren	1.—
Oberhemden	1.—
Trikotagen	1.—
Pulover	1.—
Madras-Gardin.	1.—
Util.-arainen	1.—
Teppiche	2.—
Läufer-offe	1.—
Linoleum	1.—
Schrank	1.—
Kortmöbel	1.—
Fahrräder	3.—
Nähmaschinen	3.—
Kinderwagen	2.—
Puppenwagen	2.—
Sprechapparate	3.—
Schallplatten	1.—
Geigen	1.—
Mandolinen	1.—
Lauten	2.—
Gitarren	2.—
Zitbern	1.—
Ziehharmonikas	2.—

Alfred Mücke
Breslau
Tauentzienstr. 51.

Nacht-Vorstellungen
Der Fall Sonja Petrowa
Der große russische
Sexualfilm
Ab Freitag 11 Uhr
Deli-Theater
Beh-Lichtspiele
Kosmos-Palast

Lichtbildbühne „Ost"
Tauentzienstrasse 177
Ab Freitag, den 1. bis 4. März
Glanz u. Elend der Kurtisanen
Ab Dienstag, den 5. bis 7. März 1929
Harry Piel: Das schwarze Kuvert
Anfang: Wochentags um 18 Uhr
Sonntag 15 Uhr: Kinder-Vorstellung
Erwerbslosen-Vorstellung
Montag und Donnerstag 30 Pfennig

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd.	1.00—1.10
Schweinsschnitzel	„	1.40
Schweins-Kotelett	„	1.30
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd.	1.10—1.30
Suppenfleisch	„	0.80—1.00
Kalbfleisch	„	1.00—1.20
Kalbfleisch o. Knoch.	„	1.30—1.50
Rauchfleisch	„	1.30—1.40
Pökelfleisch	„	1.10—1.30
Frische Schweinsköpfe	Pfd.	0.60
Frischer Speck (deutsch)		1.10
Ausgebr. Schweinefett (deutsch)	„	1.00
Gulaschfleisch	Pfd.	0.70—1.00
Gehacktes	„	von 0.70 an
Lungenfett		0.85
Gepökelte Eisbeine	„	1.10
Räucherspeck (deutsch)	Pfd.	1.20
Gekochter Schinken	¼ „	0.55
Roher Schinken	¼ Pfd.	0.55
Lachsschinken	¼ Pfd.	0.55
Braunschweiger	¼ Pfd.	0.30—0.40
Preßkopf u. Mortadella	¼ „	0.30
Mettwurst	¼ „	0.30
Leberwurst	¼ Pfd.	0.20—0.40
Polnische	Pfd.	0.90—1.20
Knoblauchswurst	Pfd.	0.70—1.00
Feinster Aufschnitt	¼ Pfd.	0.40
Geräuchert. Bratwurst	Paar	0.20—0.30

sowie alle anderen **Fleisch- u. Wurstwaren** zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

? Ein gutes Fahrrad ?
Nur in dem als streng reell bekannten
Fahrradhaus Eximius
Reuschestrasse 28
Im Hause der Brauerei „Zum großen Moorschloß"
Riesen-Auswahl moderner Markenräder
Tourenräder v. Mk. 38.50 Damenräder v. Mk. 42.50
Kaltrauer von Mark 80.— Nähmaschinen von Mk. 143.— an und höher Schlafdecke von Mk. 6.95
Decken v. Mk. 2.35 Schafdecke v. Mk. —.85 an usw.
Niedrigste An- u. Abzahlung Fachm. Reparat.-Werkst.
Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen.

Sprechapparate und -Platten
speziell
Rote Frontkämpfer-Märsche
Proletarische Lieder und sämtliche neuesten Schlager
Georg Greulich, Hummerei 52
bequeme Teilzahlungen

Otto Klaebig, Waiderstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

Schaefer-Einreibung
berühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original-Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Richard Thiel, Schweidnitz
Büttner-, Ecke Münzstraße
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten und Heringe
aus eigener Räucherei

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft nur bei
Klara Lison
Schweidnitz, Langstr. 23

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
Schweidnitz / Frühstückstube

Herren- und Knaben-Anzüge
Arbeitshosen u. -Jacken
zu staunend billigen Preisen
im
Kaufhaus Leopold Prager
Schweidnitz

Radio-
Anlagen und
Grammophone
in allen Preislagen
Streng reelle und fachmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung
aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREHLEN
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Billigste Bezugsquelle für Qualitätswaren
Bekleidungshaus A. Ostrower
Striegau Ring 48.

Haus- und Küchengeräte
kaufen Sie preiswert
in bekannter Güte bei
Berthold Mager G. m. b. H.
Jauer

Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten
Fritz Püschel
Hirschberg, Sechsstätte Nr. 10 a

Franz Potstada Hirschberg Äußere Burgstr. 3
Roh-Fleisch- und Wurstwaren

Sie decken Ihren Bedarf in
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
vorteilhaft
im Sortimentslager
Karl Brendel
Gottesberg, Markt 12

Jahrhunderthalle

6 Tage-Rennen

Vom Freitag, 1. März, bis Donnerstag, 7. März 29
Beginn: 10 Uhr abends
(Vorwettbewerbe 8½ Uhr abends)
mit den Mannschaften:

Girardengo, Italien	Siegel, Breslau
Richli, Schweiz	Rieger, Breslau
Raynaud, Frankreich	Dayen, Frankreich
Coupry, Frankreich	Cordier, Frankreich
Goossens, Belgien	Stockelynck, Belgien
Maes, Belgien	Degraeve, Belgien
Jan v. Kempen, Holland	Rielens, Belgien
Ehmer, Berlin	Kroschel, Berlin
Lehmann, Berlin	Wissel, Berlin
Behrendt, Berlin	Manthey, Berlin
Miethe, Berlin	Knappe, Breslau
Preuß, Breslau	Resiger, Breslau
Junge, Breslau	Skupinski, Breslau

Gültigkeit der Eintrittskarten:
Tageskarten: Von mittags 12 Uhr bis 17.30 Uhr
Abendkarten: Von 18 Uhr bis morgens 6 Uhr
2 Kapellen Im Innenraum: **Kapelle Häusler**
Vorverkauf: Siehe Plakate

Inserate haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren
Oskar Laqua
Breslau, Anderssenstr. 31

Rind- u. Schweinschlächterei
Ernst Heide
Breslau, Markthalle Ritterplatz
Stand 27/28

Kaufhaus Bach & Blachmann
Breslau 23 :: Herdainstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bedarfsartikel in größter Auswahl zu billigsten Preisen!

Musikhaus „Odertor"
Größtes Spezial-Musikhaus in der Odertorvorstadt.
Vinzenzstrasse 59, Ecke Elbingstraße
Sprech-Apparate und Schallplatten
billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung
Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

Alois Henschel & Co.
Milchgroßhandlung u. Molkereiprodukte
Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 307 85
Filiale: Siedlung Pöpelwitz, Klodnitzstraße
Telephon 589 64

Schuh-
waren
kaufen Sie gut und
preiswert
bei
J. Koschany
Liegnitz
Haynauer Straße 8

Spezialgeschäft
Musikhaus Liegnitz, Synagogenstraße 2.
Auch für Schalmeien

Wintergarten
Jeden Sonntag
Großer Ball Anfang 4 Uhr
Liegnitz, Wiesenstraße

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher und unblutig
Kukirol
Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.